

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes

der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie  
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint Sonnabend.  
Abonnementspreis 75 Pfennig  
pro Quartal exkl. Bestellgeb.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
SenfstraÙe 30, Stuttgart.

Inserate  
pro Spaltige Zeilzeile 20 Pf.,  
für Verbandsangehörige 10 Pf.  
Privatangelegenheiten ist der Betrag in  
Briesmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

№ 37.

Stuttgart, den 10. September 1898.

14. Jahrgang

**Verbandsmitglieder! Werbet, agitirt, gewinnt neue Mitglieder für den Verband!**

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Den Mitgliedern zur Kenntnisknahme, daß in Bremen vorläufig Unterstützung nicht ausbezahlt wird. Borgekommene Unordnung in den Kassengeschäften daselbst machen genaue Nachprüfungen erforderlich, wodurch die Abgabe von Unterstützung sistirt werden muß.

2. Die zum aktiven Militärdienst einberufenen Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie vor dem Einrücken ihr Mitgliedsbuch zur Aufbewahrung an den Verbandsvorstand einsenden müssen, wenn sie nach ihrer Entlassung in ihre früheren Rechte an den Verband wieder eintreten wollen.

3. Bei der Zahlstelle Mainz kann von jetzt ab Unterstützung bezogen werden.

Der Verbandsvorstand.  
J. A.: A. Dietrich.

## Die Gewerbeinspektion in Preußen 1897.

### II.

Der andauernd günstige Geschäftsgang hat auch den Arbeitern stabilere Geschäftsverhältnisse gebracht. Die Löhne sind im Allgemeinen die gleichen wie früher geblieben, in den größeren, gewerbreichen Städten, wo vielfach Mangel an gelernten Arbeitern herrschte, wurden auch kleine Lohnsteigerungen, in Berlin bis zu 10 Prozent, bemerkt, denen allerdings auch Verminderungen in mangelhaft beschafften Industrien gegenüberstanden. Im Uebrigen hat sich aber an den Lohnverhältnissen der Arbeiter wenig gebessert. Recht kümmerliche Löhne konstatiren die Berichte von Erfurt (Wichsfelder Hausindustrien), Kassel und Koblenz (Westerwalb). Der ostpreussische Beamte schreibt: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich trotz der reichlichen und lohnenden Arbeitsgelegenheit wenig gebessert. Den höheren Löhnen standen fast während des ganzen Jahres theure Lebensmittelpreise gegenüber; namentlich sind durch den wenig guten Ernteausfall die Kartoffelpreise gestiegen und damit ist auch der Einkauf von Brot und Fleisch kostspieliger geworden.“ Ähnliche Klagen verlauten auch aus anderen Berichten. Im Posenener Bericht heißt es: „Den Löhnen, die sich auf verhältnismäßig niedriger Stufe halten, entspricht die Ernährungsweise der Arbeiterbevölkerung; sie ist im Durchschnitt sehr mangelhaft und wenig abwechslungsreich und gar zu leicht wird für das Fehlende Ersatz im Branntwein gesucht, der hier (Posen ist ja das Eldorado der preussischen Schnapsjunker!) noch eine ziemlich verderbbringende Rolle spielt. Schließlich sind auch noch die Wohnungsverhältnisse im Allgemeinen ungünstig, da die Räume dürftig und schlecht und die Mietpreise sehr hoch sind.“ Das geringe Mehr an Arbeitsverdienst ist also, wie auch anderwärts, in die Taschen der Agrarier, Hausbesitzer und Krämer gewandert und nicht nur

dieses, sondern ein weit höherer Betrag noch dazu, da die Löhne nirgends in gleichem Maße wie die Lebensmittelpreise und Mieten gestiegen sind. Die Junterpolitik der deutschen Reichsregierung wirkt noch schlimmer wie ein ehernes Lohngesetz, da sie dem Arbeiter noch nicht einmal das zum Leben Nothwendige läßt.

Auch an der Dauer der Arbeitszeit hat sich im Allgemeinen wenig geändert; sie weist noch dieselben großen Unterschiede wie früher auf; die regelmäßige Arbeitszeit schwankt zwischen 8 und 18 bis 20 Stunden; die letztere ist in Ziegeleien, Mühlen, Kalkbrüchen zc. noch häufig zu finden; auch Heizer und Maschinisten haben meist eine solche lange Arbeitsdauer. Im Uebrigen übersteigen die Arbeitsschichten in ununterbrochenen Betrieben nicht selten diese Dauer; 24 bis 30 stündige Schichten sind öfters zu finden, nicht bloß bei gelegentlichen Schichtwechsel, sondern selbst im regelmäßigen Betrieb. Ja, der Posener Beamte fand sogar in einer kleinstädtischen Gasanstalt eine Arbeitseinteilung, wonach auf je 48 Stunden eine 36 stündige Arbeits- und eine 12 stündige Ruhefrist entfielen. In diesem Falle gelang es zwar, diese unerhörte Arbeitszeit besitzigen zu lassen, aber die häufige Wiederkehr derartiger Beispiele läßt es nothwendig erscheinen, daß die Behörde den ununterbrochenen Betrieben ihre besondere Aufmerksamkeit widmet und die Gesetzgebung für dieselbe einen 6 bis 8 stündigen Maximalarbeitsstag (je nach ihrer Gesundheitschädlichkeit) im 3 bis 4 schichtigen Betrieb zur Vorschrift macht. Reformen, wie sie der Posener Beamte vorschlägt (Verbot aller Schichten über 18 Stunden) verdienen den Namen „Reform“ nicht.

Der Bäckereimaginalarbeitsstag, dessen Kontrolle meist in Händen der Ortspolizeibehörden liegt, wird nach den Berichten sehr häufig mißachtet, obwohl die Beamten die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Bestimmungen der Bundesrathsverordnung sehr wohl durchführbar sind, und daß der Widerstand gegen dieselben nur von der Innungsmeisterpresse künstlich aufrecht erhalten wird. Auch die straffe Durchführung der Sonntagsruhe stößt in Folge der polizeilichen Zuständigkeit fortgesetzt auf Schwierigkeiten. Meist aus Unkenntniß der gesetzlichen Vorschriften (was bei den zahlreichen Durchführungen nicht zu verwundern ist, oft aber auch auf mangelndes Verständniß zurückgeführt werden muß), nicht selten aber auch aus Eeringsschätzung der sozialen Gesetzgebung überschreiten manche Behörden ihre Ausnahmebefugnisse, so daß mitunter in den Berichten herbe Kritiken abfallen und öfters der Wunsch auftaucht, es möchten die Ausnahmebewilligungen der Kontrolle der Gewerbeinspektion unterstellt werden. Der Potsdamer Gewerbebericht weist einer Polizeibehörde, die einem Privatunternehmer für militärische Lieferungen Sonntagsarbeit aus öffentlichem Interesse gestattete, nach, daß sie in diesem Falle das militärisch-fiskalische beziehungsweise finanzielle Interesse eines

einzelnen Truppentheils mit dem öffentlichen Interesse verwechselt habe. Solche Unterscheidungen gehen freilich über den Horizont vieler auf dem Gergierplatz geschulter „Behörden“ hinaus. Eine Statistik der Sonntagsruhevergehen sucht man natürlich noch immer vergeblich.

Einer erfreulichen Objektivität befehligen sich die preussischen Gewerbeberäthe im Allgemeinen bei dem heiklen Thema der Ausstandsberichterstattung. Zwar sind ihre Berichte weit entfernt, zukünftigen Geschichtsschreibern als Quellenwert für soziale Kämpfe dienen zu können, aber es tritt doch deutlich das Bestreben hervor, zwischen beiden Parteien einen rein sachlichen Standpunkt behaupten zu wollen, was im Gegensatz zu der seitens mancher sächsischen Beamten beliebten Methode angenehm auffällt. Nur der Schleswiger Beamte kann seine Abneigung gegen die Gewerkschaften nicht für sich behalten, indem er mehrfach von „sozialdemokratischen Agitatoren“ und „Senblingen“ schreibt und im Bericht über den Schiffbeter Intepinnerstreik die Forderung eines Minimallohns recht geschmackvoll als „Prämie auf die Trägheit“ bezeichnet. Dabei hat er wohl kaum daran gedacht, daß auch die Beamtengehälter auf der Grundlage eines Minimallohns beruhen und daß man unter Umständen mit obiger Bezeichnung zu recht gewagten Schlussfolgerungen gelangen könnte. Von den zahlreichen, im Berichtsjahr vorgekommenen Ausständen waren die meisten für die Arbeiter erfolgreich.

Auch im Uebrigen ist das Verhalten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten gegenüber der Arbeiterschaft viel entgegenkommender als z. B. der in Sachsen. Das zeigt sich insbesondere im Verkehr mit Arbeiterorganisationen und Beschwerdekommmissionen, von denen die Beamten unweigerlich Beschwerden entgegennehmen und sie ebenso gut verfolgen, als solche von den Beschwerdeführern selbst. Wohl kommt es vor, daß hier und da ein Beamter den unmittelbaren Verkehr höher schätzt, vielleicht aus speziellen Erfahrungsgründen, denen bei Anderen wieder gegenentstehende Erfahrungen entgegenstehen, — aber von einem Beiseitiggehen der Vermittlungsglieder wurde nichts bemerkt. Trotzdem haben manche Aufsichtsbeamten ihre Sympathien für gewisse Organisationen, freilich nicht für unsere Gewerkschaften, — wenigstens steht davon nichts in den Berichten. Dagegen erfreuen sich die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine der Protektion mancher Beamten; auch auf christlich-soziale Gewerbevereine fallen gelegentlich Worte der Anerkennung. Der Magdeburger Gewerbeberath Hirsch wohnte sogar vor Kurzem offiziell dem 13. Verbandstag der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine bei. Die Klassenbewussten Gewerkschaften können diese Gunst recht gut entbehren; es genügt ihnen, wenn die Beamten rein sachlich mit ihnen verkehren und den Arbeiterschutz zur ernstlichen Durchführung bringen. Das Erstere ist auch überall der Fall gewesen; nur im ober-schlesischen Industriebezirk Dentschen kam es

zu Mißbilligungen, in Folge deren der Beuthener Inspektor gegen den verantwortlichen Redakteur der „Gazeta Robotnica“ Strafantrag wegen Beleidigung stellte und dessen Verurteilung herbeiführte. Dort haben zum nicht geringsten Theile die provozirenden Polizeimaßnahmen zur Verschärfung der Spannung beigetragen.

Mit den Unternehmern kamen manche Aufsichtsbeamte weit öfters in Differenzen, da, wie der Koblenzer Beamte bemerkt, viele Unternehmer die Gewerbeaufsicht als einen unzulässigen Eingriff in ihre Rechte betrachteten. Im Bericht für Schleswig heißt es, daß Fabrikanten wiederholt geäußert hätten, es wären nun genug Verbesserungen getroffen, — gutwillig brächten sie weitere nicht zur Ausführung. Derselbe Bericht stellt aber ausdrücklich fest: „Die Befürchtung, daß die deutsche Industrie durch die ihr auferlegten Lasten im Wettbewerb mit dem Auslande unterliegen könne, hat sich immer mehr als hinfällig erwiesen. Die großen Opfer (?), welche die deutsche Industrie willig (?) gebracht hat, haben sie offenbar veranlaßt, im Ringen mit der Konkurrenz des Auslandes die in ihr schlummernden Kräfte voll zu entfalten.“ Die großen Opfer sind im Grunde genommen recht winzig und über die Bereitwilligkeit des Unternehmertums liegen gegentheilige Erfahrungen zur Genüge vor. Wir kennen die Herren ein wenig besser!

Der Magdeburger Beamte erfährt bei seiner Revision gar thätlichen Widerstand von Seiten zweier Betriebsinhaber. Erheiternder war dagegen das Benehmen eines Fabrikanten im Bezirk Koblenz, der, auf Betreiben des Gewerbeinspektors wegen Unterlassung vorgeschriebener Betriebsseinrichtungen zu 32 Mk. Geldstrafe verurtheilt, diesen Strafbetrag brieflich vom Aufsichtsbeamten zurückverlangte, da „niemals im Leben je ein Mensch mit solch' großem Unrecht bestraft wurde“ und „da an solchem Gelde für den Staat kein Bild hängen kann“. Wie naiv!

Noch Eines zur Unfallstatistik, deren Mängel bisher in keiner Weise verbessert worden sind. Statt die Berufsgenossenschaften zur Mittheilung jeder Unfallmeldung an die Gewerbeaufsicht zu verpflichten, bilden die Disziplinbehörden noch immer das höchst überflüssige Zwischenglied zwischen beiden, und wenn schon die Berufsgenossenschaften beziehungsweise Unternehmer manche Unfallmeldung verschäumen, so kommt dies noch mehr bei den Polizeibehörden vor. Der Magdeburger Beamte hat auf diese Weise zur 1896er Unfallziffer noch 475 Unfälle in seinem Bezirk nachträglich ermittelt, und der Schleswiger Beamte, der einmal eine Stichprobe auf die Zuverlässigkeit der polizeilichen Unfallmeldungen machen wollte und deshalb am Jahresschluß die genauen Nachweisungen einforderte, fand heraus, daß ihm 230 Unfälle zu wenig gemeldet worden waren. „Die bisherige Annahme, daß die Anzeigen noch immer unvollständig eingehen, hat sich als zutreffend erwiesen.“ Trotz dieser alljährlich sich wiederholenden bitteren Urtheile wird der bedenkliche Zustand, der die Gewerbeaufsicht kompromittirt, aufrecht erhalten. Die Zahl der gemeldeten Unfälle im Gewerbebetrieb betrug nach den 27 Einzelberichten 99019 (gegen 90069 im Vorjahr); die Zunahme beträgt 9,9 Prozent, ist aber in Wirklichkeit eher noch größer, da die 1896er Zahl auch die nachträglich ermittelten Unfälle umfaßt, welche bei der 1897er Zahl noch nicht festgestellt sind. Außerdem kamen nach den Berichten 36220 (im Vorjahr 31467) Unfälle im Bergbau vor. Tödlich verließen im Gewerbe (in nur 24 Bezirken) 812 (im Vorjahr in denselben Bezirken 723), im Bergbau 879 (828) Unfälle, mitrin gegen 1896 ein Mehr von 12,3 Prozent beziehungsweise 7,5 Prozent. Die höhere Zunahme der tödlichen Unfälle im Gewerbe zeigt, daß die Schwere der Unfallgefahr durchaus nicht im Rückgang begriffen ist. Die meisten Berichte lassen die Ursachen dieses fortwährenden Anwachsens der Unfälle unerörtert; soweit darüber Neußerungen vorliegen, wird allgemein die lebhafteste Geschäftstätigkeit

mit ihrer größeren Anspannung der Arbeitskräfte und vielfachen Einstellung ungeübter Leute dafür verantwortlich gemacht. Besonders bemerkenswerth ist das Zugeständniß des Merseburger Beamten, der bei der Erörterung der Nothwendigkeit eines Maximalarbeitsstags aus hygienischen Rücksichten ausführte: „Wie sehr eine solche (lange Arbeitszeit) den Organismus der Leute angreift, geht schon daraus hervor, daß die späteren Arbeitsstunden des Vorm- und Nachmittags, sowie der Sonnabend Nachmittags in Folge der geistigen und körperlichen Ermüdung mit einer über das Durchschnittsmaß weit hinausgehenden Zahl von Unfällen belastet sind.“ Diese Ausführungen decken sich völlig mit dem, was die Arbeiterpresse seit Jahren über die unheimlich steigende Unfallfrequenz vertreten hat. Nun wird man wohl den Merseburger Beamten als verkappten Sozialdemokraten verdächtigen. Wie dem auch sei — uns ist das ein Beweis, daß sich die Wahrheit, mag sie noch so entsetzt oder todtgeschwiegen werden, doch endlich durchbohrt! Möge man nun aber auch die nöthigen Konsequenzen daraus ziehen und die Unfallgefahr mit ernsthaften Reformen bekämpfen. Die Arbeiterklasse wird es an der Unterstützung einer gründlichen Sozialpolitik nicht fehlen lassen!

### Das Projekt einer Invaliden-Unterstützungskasse inmitten unseres Verbandes.

C. G. Bei Durchsicht der verschiedenartigen Vorschläge zu unserem Unterstützungswesen, welche von einigen Zahlstellen des Verbandes in Vorschlag gebracht und zur Diskussion empfohlen wurden, entwickelte sich inmitten des Vorstandes der Zahlstelle Hamburg eine recht lebhaft Befürwortung des Projekts einer Invaliden-Unterstützungskasse, da alle bis jetzt gemachten Vorschläge zum weiteren Ausbau des Unterstützungswezens innerhalb unseres Verbandes nur kleine Palliativmittelchen sind, welche nicht geeignet sind die größere Anzahl unserer Verbandsmitglieder dauernd an den Verband zu fesseln. Letzteres ist aber doch das Grundprinzip, welches wir beim weiteren Ausbau unseres Unterstützungswezens im Auge behalten müssen, wenn die Stabilität unseres Verbandes nicht leiden und die Verbreitung und das Wachstum desselben nicht gehemmt werden soll.

Wie unserer Verbandskollegen werfen die Frage auf: „Ist denn der weitere Ausbau des Unterstützungswezens von so großer Bedeutung für unseren Verband?“ — Jeder Kollege, welcher für die Entwicklung unserer deutschen Gewerkschaftsorganisationen etwas mehr wie ein oberflächliches Interesse hat, wird vorstehende Frage entzünden, kurz und bündig mit einem kräftigen Ja beantworten. Die statistischen Erhebungen der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften zeigen und beweisen uns bis ins kleinste Detail, daß die höchst entwickelten Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands auch zugleich das best entwickelte Unterstützungswesen aufzuweisen haben. Selbst die Meinung, welche die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands so lange besangen hielt, daß lediglich nur diejenigen Gewerkschaften kampfs- und leistungsfähig seien, welche allein das Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl besetzt, ist gewiß mit Recht über Bord geworfen und als eine irrthümliche Ansicht abgethan worden. Bei der heute so hochentwickelten materialistischen Weltanschauung verlangen eben die organisierten Arbeitermassen für ihre Leistungen an ihre Organisationen eine Gegenleistung, welche geeignet ist, ihre soziale Lage im Falle der Noth und des Glendes erträglicher zu gestalten. Wenn wir diesen sehr berechtigten Standpunkt der großen Masse festhalten und in das innerste Wesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung tiefer und immer tiefer eindringen, so wird uns allmählig aufdämmern, daß wir eigentlich erst am Anfang der großen Aufgaben stehen, welche die deutschen Gewerkschaftsorganisationen zu vollenden haben.

Es giebt ja allerdings eine nicht geringe Anzahl superflüger Leute, welche kurzer Hand aufrufen, überlaßt doch das ganze Unterstützungswesen dem Staat, dem Reich, dem Unternehmertum, überhaupt den bestehenden Klassen, denn dieselben verursachen ja durch das heutige kapitalistische Produktionssystem unsere Armuth, unsere Hilflosigkeit und Invaldität, ergo ist der „Vater Staat“ derjenige, welcher uns im Falle der Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit unterstützen soll. — Ja, wenn wir nicht darüber sterben würden, wäre diese Ansicht richtig. Wenn wir aber bei Lebzeiten schon

eine greifbare Verbesserung unserer sozialen Lage herbeiführen wollen — wozu wir jedenfalls die Pflicht haben — so müssen wir selbst Hand anlegen und uns nicht auf abermal 25 bis 50 Jahre verträufen, — bis es unsere Nachkommen endlich so weit gebracht haben, das was uns als Ziel vorgeschwebt hat, verwirklicht zu sehen. — Wenn man so häufig an den „Vater Staat“ appellirt, so muß man doch die Frage aufwerfen, wer ist denn der Staat? Sind es die oberen Zehntausend oder sind es die 90 Prozent der arbeitenden Klassen? Wenn nun aber das Recht, über das Wohl und Wehe des arbeitenden Volkes zu bestimmen, von der Macht des Besten abhängig ist, dann bleibt uns nichts anderes übrig als einen Sozialstaat im Staate selbst zu organisiren, d. h. mit anderen Worten, wir müssen das, was wir am „Vater Staat“ durch die Gesetzgebung zu erlangen und zu verwirklichen suchen, vor Allen praktisch befrüchten, um dem „Vater Staat“ resp. den bestehenden Klassen zu zeigen, wie wir uns die soziale Umgestaltung im Interesse des allgemeinen Volkswohles und im Interesse der Nationalwohlthat und des gesammten Staatswesens denken, resp. verwirklicht sehen wollen. Die ins Stocken gerathene und so viel gepriesene deutsche Sozialreform ist bekanntlich so minderwerthig, daß es wahrhaftig nicht der Mühe lohnt, viel darüber zu philosophiren.

Gerade der wirtschaftliche Theil des Programms der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist es, welcher von der organisierten Arbeiterschaft noch zu wenig beachtet wird. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß die deutsche Arbeiterschaft in den letzten 25 Jahren der festen Ueberzeugung war, daß eine Verbesserung in sozial-reformatorischer Hinsicht unbedingt eintreten müsse, sobald die Vertretung des arbeitenden Volkes eine ansehnliche und einflußreiche Stärke im Parlament erreicht haben wird. Trotz der energischen und muthigen Vertretung unserer Genossen im deutschen Reichstag, welche auf parlamentarischen Wege es an nichts fehlen lassen, unseren nur zu berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen und die die Sozialreform und deren Unzulänglichkeit bei allen passenden Gelegenheiten zur Sprache bringt, vermag die deutsche Reichsregierung doch nichts Nennenswerthes zu thun. So lange die Vertretung der bestehenden Klassen gegen jede Betätigung an der auf dem Gebiete der Sozialreform zu schaffenden Gesetzgebung Opposition erhebt, haben wir auch vorläufig von dieser Seite nichts mehr zu erwarten, selbst wenn die Vertretung der arbeitenden Klassen im deutschen Reichstag noch einmal so stark werden sollte. Man hat eben ganz und gar außer Acht gelassen, daß zu einer sozialen Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vor Allem die politische Macht gehört (wer hat das außer Acht gelassen? D. Red.), letztere kann aber nur durch eine völlige resp. schrittweise Umgestaltung der politischen Gesetzgebung herbeigeführt werden. Wie lange das unter Umständen währen kann, können wir uns sehr lebhaft vorstellen, wenn wir die Ergebnisse und das Resultat der letzten 25 Jahre bezw. die Thätigkeit des deutschen Reichstags einer eingehenden Betrachtung unterziehen. — Mit Recht vermißt auch die „Schäffische Arbeiterzeitung“ auf der Tagesordnung des Stuttgarter Parteitages den so wichtigen Punkt: „Unsere Taktik“, und wünscht deshalb auf die Tagesordnung zu setzen: „Unsere Stellung zur Sozialreform und zum kapitalistischen Staat“. Es wird mit Recht darauf hingedeutet, daß durch Erlebigung dieser Frage endlich etwas mehr Klarheit in Bezug auf die Taktik und die Initiativ innerhalb des Parlaments und der deutschen Arbeiterschaft geschaffen würde. — Allerdings sind wir der Meinung, daß bei Erlebigung dieser taktischen Frage die Entscheidung weder ein „Links“ noch ein „Rechts“ konstruiren wird; unsere Parole wird sein „Vorwärts“ und „Gerade aus“. Denn der gerade Weg ist derjenige, der uns zum Ziele führt.

Geben wir unsere Hoffnungen auf die endliche Verwirklichung einer thatkräftigen Sozialreform von Seiten des Staates auf parlamentarischen Wege auf, so ist jedenfalls der einfachste und nächstgelegene Weg derjenige der Selbsthilfe, d. h. mit anderen Worten, die Selbstbetätigung einer plan- und zielbewußten Sozialreform mit Hilfe der deutschen Gewerkschaftsorganisationen. Letzteres kann geschehen ohne ein „Links“ und „Rechts“ zu konstruiren und ohne Preisgabe unserer politischen Grundsätze. Im Gegentheil, mit der früher so verpönten Selbsthilfe von Seiten der organisierten Arbeiterschaft verhält es sich ganz ähnlich so, wie mit den mit dem Unterstützungswezen zu schwer belastenden Gewerkschaftsorganisationen, welche dadurch ihre Bewegungsfähigkeit und Kampffähigkeit verlieren sollten. Heute

gehören diese irrtümlichen Ansichten und Behauptungen in das Reich der Fabel.

Wenn bezüglich dieser tatsächlichen Fragen bisher noch Unklarheiten herrschten, so sind diese durch die letzten statistischen Erhebungen der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften gänzlich beseitigt worden. Ja, wir können sogar der festen Überzeugung sein, daß bei dem System einer stark ausgeprägten Selbsthilfe das Selbstbewußtsein der organisierten Arbeitererschaft, sowohl auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiet mächtig gefördert und gestärkt wird. Das System der Selbsthilfe wird die deutsche Arbeitererschaft immer weiter vorwärts drängen und diese dazu veranlassen, den Wirkungskreis ihrer wichtigsten Aufgaben auf besonders wirtschaftlichem Gebiete immer mehr zu erweitern und letztere ihrem Endziele näher zu führen. Den ökonomischen Halt, welchen die organisierten Arbeiter Deutschlands dadurch innerhalb ihrer Organisationen erlangen werden, wird das Rückgrat einer starken politischen Bewegung bilden.

Die weitere Folge dürfte sein, daß die gesammte bisher fernstehende indifferente Arbeitererschaft aus ihrer Letargie erwachen und die in die Augen springenden Vorteile großer mächtiger Arbeiterorganisationen einsehen lernen wird. Das ist eben der materialistische Zug der gegenwärtigen Zeit, der nicht nur jedes einzelne Individuum, sondern die ganze Welt und seine Wesen beherrscht. Die Arbeitererschaft, das Proletariat ist nur deshalb so opnmächtig, weil es in seiner großen Mehrzahl noch gar nicht organisiert ist. Nur mit großen Industrie- und Berufsorganisationen können wir den Weg zur politischen Macht und damit die Befreiung durch das Volk erlangen.

Das Volk, in seiner großen Mehrheit, will greifbare, soziale und materielle Vorteile sehen, mit theoretischen Grundbegriffen ist ihm nicht gefolgt. Diesen Standpunkt nehmen auch schon eine kleinere Anzahl deutscher Gewerkschaftsorganisationen ein und haben damit bekanntlich sehr erfreuliche und greifbare Resultate erzielt. Alle jene Organisationen, welche zum Prinzip erhoben haben, ihr Unterstützungswesen weiter auszubauen, nehmen von Jahr zu Jahr an Mitgliederzahl zu, ihre Leistungsfähigkeit ist eine immer größere, deren Arbeits- und Lohnverhältnisse nähern sich zusehends den weitgehenden Forderungen der modernen Arbeiterbewegung, ihre Löhne sind die höchsten und ihre Arbeitszeit die kürzeste. Daraus geht klar und deutlich hervor, daß wir diesen Weg, diese Taktik weiter verfolgen müssen. Wie wir schon oben erwähnten, sind die deutschen (und auch ausländischen) Gewerkschaftsorganisationen erst am Anfang ihrer großen Aufgaben, welche sie zu lösen haben, angekommen.

Vor Allem ist es die Arbeitslosigkeit und die Arbeitsunfähigkeit durch Invalidität, auch die Regelung der Arbeitsvermittlung, die Schaffung von Arbeitsämtern, große Gewerkschafts-, Logis- und Speisehäuser, überhaupt Volkshäuser für die organisierte Arbeiterschaft im wahren Sinne des Wortes und im großen Maßstabe, was zu regeln die nächste Aufgabe der deutschen Gewerkschaftsorganisationen sein muß, wenn wir die 16 Millionen Arbeiter in der Industrie und auf dem Lande (Lanbarbeiter) mit Erfolg organisieren wollen. Würden z. B. von diesen 16 Millionen Industrie- und Lanbarbeiter auch nur die Hälfte organisiert sein, so wäre ein Erlaß à la Posadowsky nicht möglich gewesen und wir bräuchten heute nicht mehr um das Vereins- und Koalitionsrecht zu kämpfen. Wäre die deutsche Arbeitererschaft organisiert, wie sie es sein sollte, so bräuchten wir nicht erst um unsere Rechte zu kämpfen, die deutsche Reichsregierung könnte uns keine Rechte vorenthalten, welche vom Standpunkte des gemeinen Rechts als „gleiches Recht“ für alle Staatsbürger gelten sollten.

Auch unsere Organisation, der Verband der Buchbinder z., hat ja den vorgezeichneten Weg schon vor Jahren beschritten und wie die Statistik beweist, mit Erfolg. Neben der Reiseunterstützung und vielen vorteilhaften Institutionen innerhalb unseres Verbandes ist die Arbeitslosenunterstützung diejenige Institution, welcher wir wohl in den letzten vier Jahren den weit größeren Zufluß an Mitgliedern zu verdanken haben. Wollen wir jedoch für unsere sehr gut prosperierende Organisation noch weitere Propaganda machen und den Kreis unserer organisierten Kollegen immer weiter ziehen, so dürfen wir nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Die Anforderungen, welche unser Verband an seine Mitglieder stellt, können vorläufig immer noch als sehr minim betrachtet werden, wenn man bedenkt, was unser Verband bei der geringen Beitragsleistung seinen Mitgliedern bietet. Gerade letzteres müßte uns mehr an-

spornen, unser Operationsfeld innerhalb unseres Berufes zu erweitern. Die Klage ist ja allgemein, daß durch mündliche Agitation kaum mehr erreicht werden kann, als bisher erreicht wurde. Letzteres hatte aber seinen Grund darin, daß wir besonders älter werdenden Mitgliedern im Verhältnis zu den jüngeren Kollegen zu wenig pekuniäre Vorteile bieten konnten. Trotzdem die Opferwilligkeit unter den Kollegen groß ist, tritt doch nach Jahren eine Ermüdung oder Erschlaffung ein, weil eine besonders fesselnde Grundlage für ältere Kollegen nicht vorhanden ist. Der Abgang besonders älterer Verbandsmitglieder steht deshalb auch in gar keinem Verhältnis zum Zuwachs des Verbandes, d. h. der neuereitenden Mitglieder. Dies beweisen so recht die 17 000 Aufnahmen, welche unser Verband seit 1893 zu verzeichnen hat. Von diesen 17 000 sind uns rund 6500 Mitglieder geblieben. Hätte unser Verband von vornherein seinen Mitgliedern mehr Vorteile bieten können, wie z. B. die Buchdruckerorganisation, welche heute 22 865 Mitglieder aufweist. Demnach also von 37 000 in der Buchdruckerlei beschäftigten Gehilfen 61,80 Prozent in der Organisation stehen. Dieses günstige Verhältnis verbannt diese Organisation ihrem ausgebreiteten Unterstützungswesen, und ihrer großen Opferwilligkeit. — Die Zahl der in der Buchbinderlei tätigen Personen, männlichen und weiblichen, beträgt 46 280, davon sind 31 517 männliche und 14 763 weibliche Personen, demnach sind 15,27 Prozent männliche und 9,78 Prozent weibliche, insgesammt 13,52 Prozent der gesammten Berufsangehörigen organisiert. Da giebt es also noch sehr viel zu thun, wenn wir auch nur 50 Prozent unserer Berufsangehörigen in die Verbandsorganisation einbeziehen wollen.

Hier vermag nur ein allgemeines Zugutachten propagandistisch zu wirken, d. h. mit anderen Worten, wir müssen den Mitgliedern mehr pekuniäre Vorteile bieten, um sie dauernd an unsere Verbandsorganisation zu fesseln. An solchen Vorschlägen fehlt es allerdings nicht. Einige wollen höhere Arbeitslosenunterstützung beziehen, Andere wollen eine Zuschußklasse im Krankheitsfalle, wieder Andere wollen eine Witwen- und Waisenkasse für die Hinterbliebenen eingerichtet wissen, Jene wollen einen Unterstützungs-Zuschuß im Sterbefalle der Frau oder eines Kindes, oder eine Beihilfe zu den Kosten des Umzuges von einer Stadt zur anderen für Verheiratete. Am besten wäre, wir könnten diese Vor schläge alle sammt und sonders acceptieren. Wir dürfen überzeugt sein, unsere Mitgliederzahl würde sich in baldester Kürze um das Doppelte vermehren. Dazu bedarf es aber einer großen Opferwilligkeit seitens der Verbandsmitglieder. Der Beitrag müßte demnach wieder erhöht werden, was jedoch bei der immer mehr zunehmenden Entwicklung unseres Verbandes und den Ansprüchen, welche an unsere Organisation gestellt werden, so wie so unausbleiblich sein wird. Wir sehen also, daß trotz der großen Fortschritte, welche unsere Berufsorganisation zu verzeichnen hat, doch immer noch Vieles fehlt, wenn wir unser Unterstützungswesen vollständig und zeitgemäß ausbauen wollen. — So sympathisch nun alle diese vorgenannten Unterstützungsansprüche sind, entbehren dieselben doch das Gleichheitsprinzip für alle in Betracht kommenden Verbandsmitglieder. Immerhin könnten die wichtigsten Unterstützungsansprüche vielleicht in kürzester Zeit schon Berücksichtigung finden, weil dieselben im Interesse des Verbandes liegen und gleichzeitig eine agitatorische Wirkung haben, eventuell auch aus Verbandsmitteln gewährt werden können, ohne dieselbe bei der heutigen Beitragsleistung allzusehr zu belasten.

Einen etwas befremdenden Eindruck machte es auf uns, daß Niemand an den Unterstützungsfall bei einretrender Invalidität gedacht hat. Wahrscheinlich, weil dieser Unterstützungsfall schon von Seiten des Staates in der Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung vorsehen ist und den Meisten sichere Gewähr im Unterstützungsfall bietet. Nur Wenige denken daran, daß diese unzulängliche Unterstützung (wenn wir dieselbe überhaupt beziehen können) nur ein Almosen bedeutet. In erster Linie ist die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente viel zu hoch bemessen. Nur eine ganz verschwindende Anzahl von Kollegen erreicht das Alter von 70 Jahren und haben dann die tröstliche Aussicht, 33 Pf. pro Tag zu beziehen. Zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. — Zum großen Teil sind es Subalternbeamte, Schullehrer und dergl. Stände, welche in der nicht sehr beneidenswerten Lage sind, die vom Staate ausgelegte Altersrente neben ihrer künftigen Pension zu beziehen. Ähnlich verhält es sich mit der Invaliden- und Unfallversicherung. Kommen die Arbeiter in die unglückliche Lage, letztere beziehen zu müssen,

so kommt es häufig vor, daß das Bezugsrecht von den Berufsgenossenschaften streitig gemacht oder die prozentuale Leistungsfähigkeit erst durch langwierige Prozesse mit den in Frage kommenden Genossenschaften gerichtlich festgestellt werden muß. Im günstigsten Falle werden 50, 60—70 Prozent der früheren Leistungsfähigkeit als Unterstützungsbeitrag gerichtlich festgesetzt, diese und sobald eine Besserung eintritt, von Jahr zu Jahr wieder reduziert. Gelegentlich kommen sie nur  $\frac{2}{3}$  des ortsüblichen Tagelohnes beim Bezug der Unfall- und Invalidenrente in Betracht. Demnach bezieht ein gänzlich invalider Arbeiter im äußersten Falle 5—600 Mk. In den meisten Fällen aber kaum die Hälfte des vorstehenden Unterstützungsbeitrages. Dazu kommt noch, daß die Unternehmer einmal invalide Arbeiter bei der nächsten besten Gelegenheit los zu werden suchen oder denselben überhaupt nicht mehr beschäftigen. Bei einer so karglichen Unterstützung ist gewöhnlich das Armenhaus die letzte Zuflucht.

Demnach wäre eine Unterstützung im Falle einretrender Invalidität und der Aussteuerung bei Krankentagen für Verbandsmitglieder bei reiflicher Erwägung nicht von der Hand zu weisen. Freilich werden sich auf diesem Gebiet vorerst nur Organisationen gelernter Berufsarbeiter bewegen können. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß wenn einmal sämtliche Arbeiter Deutschlands zu der Erkenntnis gekommen sein werden, daß die soziale Lage der arbeitenden Klassen nur vermittelt durch bürgerlichen allgemeinen Organisationen gehoben werden kann, dann die Zeit nicht mehr fern sein dürfte, wo das Solidaritätsgefühl so weit erstarkt sein wird, daß die 90 Prozent der Bevölkerung, die arbeitende Klasse, das Prinzip der Staatshilfe ohne große Schwierigkeiten auf den „Vater Staat“ übertragen können. Der „Vater Staat“ sanktioniert bekanntlich erst dann Gesetze, wenn deren Einführung zur unabweislichen Notwendigkeit staatlicher Fürsorge geworden sind. So verhält es sich mit allen Arbeiterfragen von sozialpolitischer Bedeutung: wie z. B. die Einführung eines Maximalarbeitsdays, die obligatorische Versicherung gegen Arbeitslosigkeit von Seiten des Staates, Schutz gegen Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit und dergleichen mehr. Die Vorbereitungen zur gänzlichen Beseitigung dieser aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hervorgegangenen Mißstände müssen mit Hilfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und deren Organisationen getroffen werden, wenn wir eine bessere Wirtschaftsordnung auf dem Wege der politischen Gesetzgebung herbeiführen wollen. Am letzteren aber beschleunigen zu können, müssen die politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch in Taten beweisen, daß die Durchführung dieser Institutionen durch den Staat möglich ist, indem sie suchen, diese Institutionen von Fall zu Fall zu verwirklichen.

Die Gründung von Invalidenunterstützungsstellen war schon in den sechziger Jahren ständiger Punkt auf dem Programm der damals entstandenen modernen Arbeiterbewegung und wurde auch zur Zeit des früher bestandenen Buchbinderverbandes Anfang der sechziger Jahre in dessen Programm resp. Statuten aufgenommen. Es wurde damals mit Recht geltend gemacht, daß besonders den älteren Kollegen ein Äquivalent in Form einer Invalidenunterstützung geboten werden müsse, weil dieselben nicht mehr reifen und deshalb keine Reiseunterstützung beziehen können und die jüngeren Kollegen moralisch verpflichtet seien, für die alten Kollegen im Falle einer Invalidität oder gänzlicher Arbeitsunfähigkeit einzutreten. Das endgültige Statut zur Invalidenunterstützungskasse wurde auf dem Frankfurter Verbandsstag 1874 festgelegt. Die obligatorische Einführung der Invalidenkasse scheiterte jedoch bei einer nachträglich vorgenommenen Urabstimmung. Dieselbe wurde deshalb freiwillig eingeführt.

An der Gründung dieser Kasse beteiligten sich etwa 400 bis 500 Kollegen von ca. 1100 Verbandsmitgliedern. Der Egoismus und die Eifersüchlichkeit der jüngeren Kollegen machte bei der damaligen Zusammenfassung des Verbandes die Einführung des Obligatoriums unmöglich, obwohl doch bei reiflicher Ueberlegung gerade die jüngeren Kollegen die weitgehenden Chancen der Bezugsberechtigung nach abgelaufener Karenzzeit zu erwarten haben. Bei der heute so hoch entwickelten Maschinentechnik sind es sehr häufig gerade jüngere Kollegen, welche Unglücksfällen beim Maschinenbetrieb ausgesetzt sind. Die Einführung einer obligatorischen Invalidenunterstützungskasse dürfte deshalb aus sehr naheliegenden Gründen kaum noch auf jenen Widerstand stoßen, weil einerseits eine größere Einsicht für wohlthätige Verbands Einrichtungen unter den Kollegen Platz

gegriffen haben und auch frühere Vorurteile gegen solche Institutionen gefallen sind. In die Lage, gänzlich oder doch theilweise invalid zu werden, kann bei der hastenden, ja oft rasenden Produktionsweise heute jeder Kollege kommen. Die unzureichende Invalidenunterstützung von Seiten des Staates müßte jeden Verbandskollegen überzeugen, daß ein Zuschuß im Falle der Invalidität von Seiten des Verbandes bei einem verhältnismäßig geringen Beitrag eine wohlthätige Wirkung für unsere Organisation herbeiführen müßte, und moralisch werden wir doch zeitweise veranlaßt, unsere invaliden Kollegen zu unterstützen. Deshalb wird es zweckmäßig sein, eine solche Kasse so bald wie thunlich innerhalb unseres Verbandes einzurichten. Wir erhalten dadurch einen festeren Stützpunkt und eine stabilere Zusammenfassung unseres Verbandes. Das Ansehen und die Macht unserer Organisation wird dadurch zusehends wachsen, und wir werden gleichzeitig unter der indifferenten Kollegenschaft eine größere und erfolgreichere Propaganda entfalten können.

Um unseren Kollegen ein ungefähres Bild von einer Invalidenunterstützungskasse vor Augen zu führen, wollen wir hier einen Auszug aus den unter der Ära des früheren Verbandes in den Jahren 1873 bis 1878 bestanden Statuten der Invalidenkasse unterbreiten. Natürlich wären bei einer eventuellen Einführung solcher Kasse etwaige Veränderungen bezüglich der Unterstützungssätze und anderer Formalitäten nicht ausgeschlossen.

Die Invalidenkasse hatte folgende Bestimmungen zur Grundlage:

1. Die wöchentliche Steuer beträgt 10 Pf. pro Mitglied.

2. Während der ersten drei Jahre übernimmt die Kasse keine Leistungen. Nach diesem Zeitraum wird der Fonds durch Zuschlag von mindestens einem Prozent der Gesamteinnahme vermehrt.

3. Jedes Mitglied erwirbt sich nach dreijähriger Beitragsleistung zu dieser Invalidenkasse Anrecht auf eine Unterstützung von 4 1/2 M.; bei zehnjährigem Steuern 7 1/2 M.; bei fünfzehnjährigem Steuern 9 M. pro Woche beim Eintritt der Invalidität.

4. Das Eintrittsgeld beträgt bis zum Alter von 25 Jahren 50 Pf.; von 25 bis 30 Jahren 1 M.; von 30 bis 35 Jahren 1,50 M.; von 35 bis 40 Jahren 2 M.; von 40 bis 45 Jahren 3 M.; über 45 Jahren ist der Eintritt in die Invalidenkasse nicht mehr zulässig. (Müßte auch jedenfalls heute eine bestimmte Grenze des Alters gesetzt werden. Der Verf.)

5. Im Unterstützungsfalle war als eingetretene Invalidität vorgesehen: Unglücksfall, Altersschwäche, Krankheit, überhaupt was eben unter Arbeitsunfähigkeit im Beruf zu betrachten ist. Sobald jedoch die Jahreseinnahme des Invaliden die Summe von 600 M. übersteigen sollte, soll die Unterstützung so lange in Wegfall kommen.

6. Der 25 Jahre gesteuert, sollte von der Beitragspflicht für Viaticum und Invalidenkasse entbunden werden.

7. Der Invalid konnte seinen Aufenthalt beliebig wählen; jedoch hatte er halbjährlich ein ärztliches, von der Ortsbehörde beglaubigtes Zeugnis über seinen Gesundheitszustand und die Höhe seines Einkommens an den Verbandsausschuß (damalige Zentralkommission) einzuweisen.

Nehmen wir bei einer Mitgliederzahl von 6000 eine obligatorische Steuer von 10 Pf. pro Woche und pro Mitglied an, so ergibt dies eine Einnahme von 31.200 M. jährlich, nebst Jahreszinsen eine Gesamteinnahme von 32.448 M. — Bei einer fünfjährigen Karenzzeit zur Bildung eines Stammkapitals würde sich demnach ein Fonds von 168.729,60 M. ergeben. Selbstverständlich die Zinsen mit eingerechnet. Nehmen wir weiter an, wir bräuchten nach der abgelaufenen Karenzzeit von fünf Jahren bei Eröffnung der Kasse innerhalb eines Jahres die vollständige Jahreseinnahme von 32.448 M., so könnten wir damit bei einer Invalidenunterstützung von 1 M. pro Tag etwa 100 Invaliden resp. Mitglieder unterstützen. Der Fonds der noch übrig gebliebenen vier Jahreseinnahmen würde also dann immer noch etwa 130.000 M. betragen. Würden außerdem jährlich von den Gesamteinnahmen des Verbandes 1 Prozent auf die Invalidenkasse überschrieben werden, so würde sich mit den Jahren ein ganz ansehnlicher Fonds als Stammkapital bilden lassen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß wir bei dem gegenwärtigen Mitgliederstand jährlich 100 Invaliden zu unterstützen hätten. Andererseits ist aber mit Gewißheit anzunehmen, daß durch eine solche segensreiche Institution unser Verband an Mitgliedern bedeutend zunehmen würde.

Jeder langjährig organisierte Genosse wird mit den Jahren zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die deutschen Gewerkschaften nur dann die erwünschten, ja sogar notwendigen Dimensionen annehmen werden, wenn das Unterstützungswesen im weitesten Sinne des Wortes zur Anwendung kommt und die Gewerkschaftsmitglieder vor dem äußersten sozialen Elend geschützt sind.

Nähern wir uns wieder mehr der eingeschlagenen Taktik des alten Verbandes von 1873 bis 1878, wo das vereinigte Unterstützungswesen den Kitt der Organisation bildete (die Invalidenkasse müßte, weil sie nicht lebensfähig werden konnte, aufgelöst werden. D. Red.), dann werden wir auch in wenigen Jahren das erfreuliche Resultat aufzuweisen haben, daß unsere Verbandsorganisation um das Doppelte gestiegen resp. zugenommen haben wird. Denn Aufgabe unserer Organisation soll doch jedenfalls sein, alle Kollegen innerhalb unseres Berufes im Deutschen Reich zu der Ueberzeugung zu bringen, daß das alleinige Heil zur Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und speziell unserer Berufsossen nur in der Organisation liegt. Es ist das einzige Mittel, welches im Stande ist, die noch fernstehenden indifferenten Kollegen und Kolleginnen für unsere Berufs- und Gewerkschaftsorganisation zu gewinnen und dauernd an dieselbe zu fesseln. Der Ballast, der angeblich den deutschen Gewerkschaftsorganisationen durch das Unterstützungswesen in ihrer Bewegungsfreiheit hinderlich sein soll, ist eine leere, gebantenlose, vielleicht auch kalt berechnete Phrase, weil vielfach angenommen wird, die organisierte Arbeiterschaft werde durch ein durchgreifendes Unterstützungswesen innerhalb ihrer Organisation von der Hauptsache, der politischen Bewegung, abgelenkt. Diese Befürchtung trifft keineswegs zu, vielmehr dürfte das Gegenteil eintreten: die politische Bewegung wird dadurch bedeutend an Ansehen und Macht gewinnen. Nehmen wir dieses Ziel als Richtschnur für unsere zukünftige Agitation, dann wird die Stabilität unseres Verbandes fester und ein Abgang von Verbandsmitgliedern wäre weniger zu verzeichnen. Es hätte jeder Kollege und jede Kollegin Interesse an unserem Verbandsleben, was bis heute leider nicht in vollem Maße zutrifft. Den besten Beweis hierfür liefert die deutsche Buchbinderorganisation, welche nahezu 23.000 Mitglieder zählt und die dieses günstige Organisationsverhältnis leblich dem systematisch ausgebauten Unterstützungswesen zu verdanken hat. Suchen wir dieses gute Beispiel nachzuahmen, lassen wir es an der nötigen Opferwilligkeit nicht fehlen, dann wird der Erfolg für unsere Organisation nicht ausbleiben. Suchen wir anlässlich unserer nächsten Urabstimmung oder nächsten Verbandstage einen Baustein mehr in das Gebäude unserer Verbandsorganisation einzufügen.

Und nun frisch ans Werk und agitirt tüchtig für den Verband der Buchbinder Deutschlands, der Erfolg wird nicht ausbleiben!

### Zur Unterstützungsfrage.

Warum Krankenunterstützung? Warum Invaliditätsversicherung? Warum nicht Arbeitslosenunterstützung? Gerade die Arbeitslosenunterstützung ist es, die ausgebaut werden soll, die meiner Anschauung nach die Kollegen fester an den Verband knüpft. Wollen wir eine nur einigermaßen anständige Kranken- bezw. Invalidenunterstützung schaffen, so muß der Beitrag mindestens um das Doppelte hinausschnellen — und Kollegen, überall verbient man nicht 20 M. und darüber. Viele Kollegen müssen schon bei dem jetzigen Beitrag mit ihrem Lohn rechnen.

Wenn wir die älteren Kollegen erhalten bezw. in den Verband bringen wollen, so muß ihnen auch mehr geboten werden, als bisher.

Ist es recht, daß den Mitgliedern mit 52 Wochenbeiträgen eine entsprechende Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit gewährt wird, so ist es nicht mehr wie billig, langjährige Mitglieder ihrer Beitragsleistung entsprechend zu unterstützen. Ich bin der Anschauung, daß man früher oder später doch noch zur Klassenweisen Unterstützung schreiten muß, und daß man damit den älteren Kollegen am besten entgegenkommt. Ich möchte mir die Arbeitslosenunterstützung ungefähr so erweitern: Mitglieder, welche drei Jahre dem Verband angehören bezw. 156 Wochenbeiträge geleistet haben, erhalten im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung bis zu 60 M.; solche, welche fünf Jahre und darüber dem Verband angehören bezw. 260 Wochenbeiträge geleistet, wird eine Unterstützung bis zu 80 M. gewährt. Erstere wird in Tagesgeldern von 1,20 M., letztere in Tagesgeldern von 1,50 M. ausgezahlt. Hat ein Mitglied 60 bezw.

80 M. bezogen, so kann es erst wieder nach 26 wöchentlichen Beitragsleistung Unterstützung beziehen bis zur Höhe von 20 M., eventuell bei weiterer Beitragsleistung 40 M. u. s. w. Die Tagesgelber sind meines Erachtens noch nicht zu hoch gegriffen, da mit 75 Pf. wohl ein reisender Kollege allenfalls auskommen kann, für einen am Ort befindlichen und zwar verheirateten Kollegen ist 75 Pf. entschieden zu wenig. Mögen sich Freunde und Gegner der Unterstützung ausprechen, reformbedürftig ist einmal das Unterstützungswesen, das hat ja auch die letzte Urabstimmung zu Tage gefördert. Geben wir den Mitgliedern bessere Unterstützung, so werden wir dieselben auch erhalten und sie werden viel eher für höhere Beiträge zu haben sein.

Mürnberg.

Hg.

### Ueber den Ausbau des Unterstützungswesens

wird jetzt allenthalben in Mitgliederversammlungen und auch in Artikeln der „Buchbinder-Zeitung“ diskutiert. Da dies eine so bedeutende Frage für den Verband ist, ist es erfreulich, zu sehen, daß sich so viele Mitglieder dafür erwärmen.

Von allen wird die Befestigung der älteren Mitglieder als Uebelster angesehen. Daß hierbei viele einen gewaltigen Sprung machen, ist wohl dem Eifer zuzuschreiben, mit dem diese Frage aufgenommen wird.

Es tauchen nun in der „Buchbinder-Zeitung“ allerlei Projekte auf, um die Unterstützung des Verbandes weiter auszubauen. Da setzen wir von Hamburg ein phantastisches Projekt, wonach den Mitgliedern sogar Invalidenunterstützung gewährt werden soll, daß der Beitrag dementsprechend auf 50, 60, 100 Pf. pro Woche erhöht werden muß, versteht sich am Rande. Allerdings auch, daß es dadurch vielen Kollegen ganz unmöglich wird, den Beitrag zu erschwingen. — Ein Kollege aus Altenburg will auch in Krankheitsfällen die Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wissen. Wieder Andere schlagen Sterbegelder u. s. w. vor. Daß bei diesem erforderlich wird, den Beitrag wieder zu erhöhen, wird als selbstverständlich angesehen.

Wenn man über all diese Projekte nachdenkt, steigt einem unwillkürlich die Frage auf: Ist der Verband eine Versicherungsanstalt für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität u. s. w., oder ist dessen Zweck, wie in § 1 des Statuts steht: Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen?

Es wird wohl Niemand bezweifeln, daß die Unterstützungen nur Mittel zum Zweck sein sollen. Da aber eine erneute Unterstützungshöhe mit der Erhöhung der Beiträge Hand in Hand gehen muß, so sind derartige Projekte recht vorsichtig aufzunehmen, oder noch besser ist es, ihnen entgegenzuwirken. Den älteren Mitgliedern kommt ja ebenso wie den jüngeren die durch die jüngste Urabstimmung eingeführte Erhöhung der Unterstützung im Falle einer Arbeitslosigkeit zu Gute. Wohl schwerlich werden die älteren Mitglieder, welche sich in stabilen Verhältnissen befinden, auf die jüngeren „neidisch“ herablicken, weil sie hauptsächlich die Landstriche bevölkern und den Verband „ausplündern“ (wie sich der Korrespondent aus Hamburg geschmacklos ausdrückte).

Vor allen Dingen müßte darauf gedrungen werden, daß der Verbandsvorstand die von der Urabstimmung angenommene Erhöhung der Unterstützung auf 75 Pf. und 1 M. pro Tag voll in Kraft treten läßt.

Es ist sonderbar, wie solch neue Projekte alle auf-tauchen, bevor das Geschaffene in Kraft getreten ist, und ohne daß man weiß, wie sich das Neue bewährt hat. Das Unterstützungswesen soll ausgebaut werden zum Gebeyen des Verbandes. Der Grundstein ist auch gut angelegt, dem Bau aber schon das Dach aufzusetzen, ehe er aufgeführt ist, ist ein Unding. Ebenso sind die phantastischen Projekte aus Hamburg ein Unding. Im Interesse unseres Verbandes sollen wir vorerst darauf dringen, daß die durch Urabstimmung angenommene Unterstützungshöhe in Kraft tritt, wenn sich dieselbe dann gut bewährt hat, nun — dann können wir ja weiterbauen.

R. K.

### Aus Norwegen.

Die Aussperrung in Christiania dauert unverändert fort. Die Herren Buchbindermeister suchen ihre brutale Handlungsweise möglichst zu beschönigen und dazu muß jedes Mittel dienen. Nun greifen sie auch dazu, die von den Aussperrten an die „Buchbinder-Zeitung“ gesandten Artikel aus dieser überfetzt in die Tagesblätter Christianias zu langiren, um dadurch

Stimmung gegen die Gehilfen zu machen. In vor-  
 letzter Woche — so schreibt uns ein Kollege — waren  
 zwei dieser Artikel hier in einem der meist reaktionären  
 Tagesblätter in vollständiger Uebersetzung wiedergegeben.  
 Von wem und durch wen die Zeitungen den Meistern  
 übermittelt worden sind, ist mir unbekannt. Von  
 Kollegen kann ich mir so etwas nicht denken und daß  
 keiner von den Meistern das Blatt hält, weiß ich ziem-  
 lich genau, im Uebrigen versteht keiner von der ganzen  
 Gesellschaft soviel Deutsch, um das Blatt lesen zu  
 können. Mir hat man erzählt, daß die Herren 20 Kronen  
 an Uebersetzungskosten angewendet haben. Na nur  
 zu, uns kann es ja einerlei sein, in jedem Falle haben  
 wir nichts weiter wie unsere Pflicht und Schuldigkeit  
 getan. Gerade unsere deutschen Kollegen haben uns  
 bis jetzt die größte pekuniäre Hilfe gebracht. Leider ist  
 es aber auch wahr, daß noch immer von dort gewissen-  
 lose Subjekte sich befangen finden, hier heraus zu reisen.

In Hamburg inserirt eine Firma Pustelhuber &  
 Lohr fortwährend nach Buchbindern, die hier herauf  
 geschickt werden sollen. Ich habe in der Angelegenheit  
 bereits vor acht Tagen die notwendigen Maßregeln ge-  
 getroffen, indem ich mich direkt an den Hamburger Bau-  
 vorstand gewandt habe, um auch dort diese Streikbrecher  
 bekannt zu machen. Wie ich sehe, ist schon in Nr. 34  
 der „Buchbinder-Zeitung“ der Name des einen bekannt  
 gemacht worden, nun könnten wir schon ein kleines  
 Bouquet präsentieren, denn im Ganzen haben wir jetzt  
 sieben solcher lieben Seelen, aber wir wollen damit bis  
 später warten. Der zuletzt Angekommene von Hamburg,  
 Carl Schulte ist sein Name (er soll aus Halle a. S.  
 gebürtig sein), muß jedoch absolut schon jetzt vor unseren  
 deutschen Kollegen präsentiert werden. Wir empfangen  
 genannten Herrn nämlich selbst auf der Dampfschiff-  
 fahrtsbrücke und nachdem wir ihm die Sache auseinandergesetzt  
 war er denn auch bereit, gemeinsame Sache mit  
 uns zu machen. Mit einer Zungensfertigkeit, die einer  
 besseren Sache werth gewesen wäre, erzählte er uns,  
 daß er nichts von dem Konflikt gewußt hätte, und es  
 wäre selbstredend, da er schon früher gestreikt hätte, daß  
 er sich uns anschließen. Ja ganz richtig, er brachte unge-  
 gefähr drei Stunden in unserer Gesellschaft zu, dann  
 aber fuhr jedensfalls ein wilder Dämon in ihn, und er  
 mußte partout nach Larsen, „um dem ordentlich die  
 Haut voll zu schellen.“ wie er sagte, weil er ihn nicht  
 sofort von dem Dampfschiffe abgeholt hätte. Mit Ge-  
 walt konnten wir ihn ja nicht zurückhalten und so ging  
 er denn mit einer Ehrenwache von zehn Mann Be-  
 gleitung, meistens Deutsche. Sobald wie nun Herr  
 Larsen seiner ansichtig wurde (der Weg ging nämlich  
 wieder zum Dampfschiff, um seinen Koffer abzuholen),  
 dauerte es nicht zehn Minuten bis er mit genanntem  
 Herrn verstand, jedensfalls auf Nimmerwiedersehen  
 in unseren Reihen. Denn in der Fabrik dieser Herren  
 (Halvorsen & Larsen) hat man es wohlweislich so ein-  
 gerichtet, daß die zur Zeit dort arbeitenden Deutschen  
 ihre Betten in den betreffenden Arbeitsräumen aufgestellt  
 bekommen. Platz ist da allerdings genug.

Auf Aufforderung der Meister traten wir wieder  
 mit diesen in Unterhandlung, aber es kam zu keinem  
 Resultat den ersten Abend, da eines von den Komitee-  
 mitgliedern der Meister nicht zur Stelle war. Dies  
 war am Mittwoch den 24. August; man verabredete  
 dabei eine neue Zusammenkunft auf Freitag den 26.,  
 Nachmittags 5 Uhr. Unser Komitee war zur anbe-  
 raumten Zeit vollzählig zur Stelle, doch nach anbert-  
 halbstündigem Warten, nachdem man nach allen Ecken  
 und Enden telephonirt hatte, bekam man endlich den  
 Bescheid, daß die Meister die Unterhandlungen nicht  
 fortzuführen gedächten. Und der Grund dafür? werden  
 Sie fragen. Ja, das wissen wir eigentlich selber nicht.  
 Den vorhergegangenen Abend, also Donnerstags, wurde  
 nämlich ein dänischer Streikbrecher gottsdämmerlich ver-  
 hauen; wer ihm die Keile beigebracht hat, ist bis jetzt  
 noch nicht ins Reine gebracht, aber in jedem Falle  
 hatte die reaktionäre Zeitung „Aftenposten“ eine Glanz-  
 nummer daraus gemacht, und verschiedene Mitglieder  
 unseres Vorstandes waren beschuldigt, an diesen Erzeßen  
 theilgenommen zu haben. In einem Briefe, der uns  
 allerdings zu spät in die Hände kam, motivirten die  
 Meister nun, daß, solange sich der Vorstand nicht von  
 diesem Verdacht gereinigt hätte, es unmöglich wäre, die  
 Verhandlungen fortzusetzen. Eine erbärmliche Ent-  
 schuldigung. Nein, die Meinung der Meister war  
 eigentlich: mit Hilfe der Polizei die den Lockout leitenden  
 Männer soviel wie möglich unschädlich zu machen.  
 Wenn ihnen dies geglückt wäre, so meinten sie, wäre  
 es ein Leichtes gewesen, die große Masse ohne Leitung  
 unschädlich zu machen, und sie zu zwingen, unter den

von den Meistern gestellten Bedingungen die Arbeit  
 wieder aufzunehmen.

Nun, dies gelang ihnen nicht; der ganze Vorstand  
 und das Lokalkomitee hatten den betreffenden Abend eine  
 Sitzung, die von 7 bis 12 Uhr dauerte. Ihr Miß-  
 kann aufs Beste bewiesen werden, und es ist eine Grob-  
 heit ohnegleichen, das Geschehene als Grund zur Ab-  
 brechung aller Unterhandlungen zu benutzen.

Betreffe des zuletzt Gesagten hatte der Verein eine  
 Massenversammlung am Sonnabend den 28., Vor-  
 mittags, wo beschlossen wurde, den Meistern und der  
 gesammten Tagespresse folgende Resolution vorzutragen:  
 „Die Versammlung spricht ihr tiefstes Mißfallen aus  
 über die Art und Weise, wie die Meister es benützt  
 haben, die nun zuletzt von ihnen selbst angebahnten  
 Verhandlungen ohne die geringste Spur von Gründen  
 und ohne dem wartenden Komitee Nachricht zu geben,  
 wieder abzubrechen. Man kann daraus ersehen, daß  
 es soviel wie möglich gilt, die leitenden Mitglieder in  
 Mißkredit zu bringen. Die Versammlung sagt weiter,  
 daß der gefaßte Beschluß erwachsenen Männern un-  
 würdig sei.“

**Korrespondenzen.**

Lohn Differenzen bestehen bei der **Karton-  
 nagenfabrik S. M. Lenzner in Stettin.**  
 Zugung von Buchbindern und Kartonnager ist  
**fernzuhalten!**

Die Buchbinderei von **D. Baden in  
 Kopenhagen** ist gesperrt.

In **Christiania** (Norwegen) sind 200 Kol-  
 legen ausgesperrt. Zugung ist streng fern-  
 zuhalten. Da die Organisation daselbst noch jung  
 ist und nicht über viel Geldmittel verfügt, ergeht von  
 dieser an die Kollegenschaft in Deutschland und anderen  
 Ländern das dringende Ersuchen, nach Möglichkeit finan-  
 zielle Hilfe zu leisten.

Selbstsendungen sind zu richten an: **Herab Jensen,  
 Kirkegaardsøgen 2 III in Christiania, Norwegen.**

**Braunschweig.** Am 27. August tagte hier aber-  
 mals eine öffentliche Versammlung, welche sich mit den  
 in voriger Versammlung nicht erledigten Punkten, und  
 zwar: 1. Wie stellen sich die Kollegen zu einer eventuellen  
 Lohnbewegung? 2. Wie stellen sich die Kollegen zur  
 Wahl eines Gesellenausschusses? beschäftigte. Die Ver-  
 sammlung war von 38 Kollegen besucht und wurde,  
 nachdem die Bureauwahl erledigt war, mit einer von  
 Kollege Klar gehaltenen Rede über „Hiesige Lohn-  
 und Arbeitsverhältnisse“ eingeleitet. An der hierauf  
 folgenden Debatte theilnahmen sich zu Anfang nur sehr  
 wenig Kollegen, erst nach erfolgter Aufforderung, sich  
 reger daran zu theilnehmen, wurde dieselbe lebhafter.  
 Im Laufe derselben wurde von einigen Kollegen der  
 Vorschlag gemacht, mit einer Forderung von 16 Mk.  
 als Minimallohn an die hiesigen Meister heranzutreten.  
 Von Kollege Wolters wurde hierauf die Frage gestellt,  
 ob die Kollegen überhaupt gewillt seien, in eine Lohn-  
 bewegung einzutreten, wonach ein anderer Kollege be-  
 merkte, daß die unter 16 Mk. Bezahlten unbedingt in  
 eine solche treten sollten. Darauf wurde von Kollege  
 Pfister folgender Antrag gestellt:

„Alle Braunschweiger Kollegen wollen sich nament-  
 lich in eine Liste eintragen, ihre Arbeitszeit und Wochen-  
 lohn wahrheitsgetreu angeben und für eine bessere Ab-  
 lehnung ihrer unter 17 Mk. bezahlten Kollegen in  
 kollegialischer Weise einzutreten. Als Hauptmittel  
 empfehle ich zuerst den baldigen Eintritt zum Verband.“

Kollege F. Becker stellte hierzu den Zusatzantrag,  
 daß für die über 17 Mk. bezahlten Arbeiter ein Lohn-  
 zuschlag von 10 Prozent gefordert werden solle. Nach-  
 dem diese beiden Anträge angenommen waren, wurde  
 eine Kommission von drei Kollegen gewählt, welche be-  
 auftragt wurde, eine Tabelle über die hiesigen Lohn-  
 und Arbeitsverhältnisse aufzustellen. Hiermit war  
 Punkt 1 der Tagesordnung erledigt und wurde zum  
 folgenden übergegangen. Kollege Klar verlas einige  
 Paragraphen des Innungsgesetzes betreffend Gründung  
 eines Gesellenausschusses. Nach einer längeren Debatte  
 hierüber, welche jedoch kein sicheres Resultat ergab, wurde  
 der Vorschlag gemacht, in vier Wochen nochmals eine  
 öffentliche Versammlung einzuberufen, um über die  
 Wahl eines Ausschusses zu sprechen, da heute doch noch  
 kein Beschluß hierüber gefaßt werden könne. Der Vor-  
 schlag wurde auch angenommen. Nachdem noch eine  
 Sammlung für die in Christiania ausgesperrten Kollegen  
 veranstaltet war, welche ein Ergebnis von 9,70 Mk.  
 ergab, erfolgte Schluß der Versammlung um 11 1/4 Uhr.

**Luckenwalde.** Die hiesigen organisirten Kollegen,  
 welche bisher dem Gau I. als Einzelmitglieder an-  
 gehörten, trugen sich schon seit längerem mit dem Ge-  
 danken, an Orte eine Zahlstelle zu errichten. Zu diesem  
 Zweck wurde Kollege Sailer von hier beauftragt, eine  
 öffentliche Versammlung aller in hiesigen Buchbindereien  
 und Papierfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiter-  
 innen einzuberufen. Die Versammlung fand am  
 31. August statt und wurde vom genannten Kollegen  
 8 1/2 Uhr Abends eröffnet. Nach Wahl der Kollegen  
 Neubert als Vorsitzende, Merker als Beisitzer und  
 Seiffert als Schriftführer, ertheilte der Vorsitzende  
 der Referentin Kollegin Frau Marie Greifenberg,  
 Berlin, das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung:  
 „Wie verbessern wir unser Arbeitsverhältnis?“ Die  
 Wiedergabe des Vortrages glaube ich mir ersparen zu  
 können, da Frau Greifenberg über daselbe Thema schon  
 am 16. August in Berlin referirte und ein Bericht  
 darüber bereits in der Nummer 36 der Buchbinder-  
 Zeitung vom 3. September zum Abdruck gelangte. Der  
 Vortrag wurde auch hier sehr günstig aufgenommen und  
 der Referentin großer Beifall gezollt. Hierauf stellt  
 Kollege Sailer den Antrag, über den erledigten Punkt  
 in keine Diskussion einzutreten, sondern gleich über-  
 zugehen zur Gründung einer Zahlstelle und zur Er-  
 ledigung der nöthigen Geschäfte einen provisorischen  
 Vorstand von drei Kollegen zu wählen. In nächster  
 Mitgliederversammlung soll dann die endgültige Wahl  
 erfolgen. Sailer begründet seinen Antrag dahin, daß  
 schon eine Anzahl Kollegen hier vorhanden seien, welche  
 dem Verbands angehören, es wäre jetzt an der Zeit eine  
 Zahlstelle ins Leben zu rufen. Redner weist auf die  
 Ausführungen der Referentin hin und führt den An-  
 wesen die Vortheile vor Augen, welche der Verband  
 seinen Mitgliedern bietet (Reise- und Arbeitslosen-  
 unterstützung, Rechtsschutz u. s. w.) Der Antrag wurde  
 angenommen. — Beim 3. Punkt der Tagesordnung,  
 „Wahl von zwei Delegirten zum Gewerkschaftskartell“,  
 wurden die Kollegen Krenz und Sailer wiedergewählt,  
 welche auch bisher im Kartell vertreten haben. — In  
 der folgenden Diskussion tadelte es Kollege Sailer scharf,  
 daß ein Arbeiter in einer hiesigen Papierwaarenfabrik  
 dem Chef mittheilte, daß drei Kollegen bei der be-  
 treffenden Firma am Vorabend der öffentlichen Ver-  
 sammlung deshalb Erlaubniß holten, 1/2 Stunde vor  
 Feierabend sich entfernen zu dürfen, um zur Agitation  
 Flugblätter vor den einzelnen Fabriken zu vertheilen.  
 (Uebersetzt kommen da nette Aufschwärzungen vor.  
 Anmerk. b. Einf.) Das Schlußwort erhielt die Re-  
 ferentin. Sie ermahnte die Neueingetretenen, treu zur  
 Organisation zu halten und nicht wenn sie den Saal  
 verlassen sich die Sache wieder leb werden zu lassen.  
 Den Kopf hoch, denn einzeln sind wir nichts, vereint  
 sind wir alles. — Die neugegründete Zahlstelle besteht  
 nummehr aus 17 männlichen und 3 weiblichen Mit-  
 gliedern. Rich. Seiffert.

NB. In der nächsten Nummer wird der endgültig  
 gewählte Vorstand bekannt gegeben. Auch möchte ich  
 die Zahlstellen resp. Kollegen freundlich bitten, wenn sie  
 Bücher austangieren wollen oder im Fall doppelte Exem-  
 plare vorhanden sind, dieselben behufs Anschaffung einer  
 Bibliothek an die Adresse: W. Neubert, Luckenwalde,  
 Anhaltstr. 6, zu senden. D. Db.

**Dresden.** In der öffentlichen Versammlung der  
 Einzelmitglieder des Verbandes am 27. August stand  
 als 1. Punkt ein Vortrag des Genossen Fricke auf der  
 Tagesordnung. Das Thema lautete: „Die Manufaktur-  
 periode und die französische Gewerkschaftsbewegung jener  
 Zeit.“ Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen.

Unter Punkt 2, „Gewerkschaftliches“, giebt der Vor-  
 sitzende das Ableben des Kollegen Kienert, welchen ein  
 jäher Tod durch Ertrinken ereilte, bekannt, und ehrte  
 die Versammlung denselben durch Erheben von den  
 Plätzen.

Wegang kommt nun auf das Schmerzenskind der  
 Dresdener Buchbinder, die Geschäftsbücherfabrik von  
 Rudolf Paris, zu sprechen. Es sei dies nun schon das  
 vierte Mal, daß die Kollegen in kurzer Zeit dort die  
 Arbeit niederlegten, diesmal ist der Grund die Maß-  
 regelung zweier Kollegen. In diesen sah der Chef die  
 Einberufung der einige Tage vorher stattgefundenen Wert-  
 stufenprüfung. Von den anderen daran theilnehmigen Kollegen  
 darüber zur Rede gestellt, speiste er sie mit einem „Das  
 geht Sie gar nichts an“ ab. Nun erklärten sich noch  
 neun Kollegen solidarisch und kündigten ebenfalls die  
 Arbeit.

Allgemein wurde auch Klage geführt über den dort  
 beschäftigten Werkführer Erler. Derselbe ist uns aus  
 den früheren Streiks wohlbekannt und ist sozusagen

die rechte Hand seines Chefs, wer nicht nach seiner Pfeife tanzt muß raus. Er soll es auch gewesen sein, welcher bei der in Rede stehenden Werkstüberversammlung den Spion machte, indem er sich im Garten der Restauration aufpostierte, um jeden Besucher derselben den anderen Tag beim Chef anzuschwärzen. — Das ist ein abschreckendes Benehmen, Herr Erler. Mögen Sie sich jetzt noch so sicher fühlen in Ihrer sogenannten Lebensstellung, die Zeit wird auch noch einmal kommen, wo mit Ihnen ein ernstes Wort gesprochen wird, und Sie werden es sich selbst zuschreiben haben, wenn es Ihnen auch einmal so gehen wird, wie den jetzt gemäßigten Kollegen. Merken Sie sich nur das Eine: Der Krug geht so lange zum Brunnen bis er zerbricht.

Was aber der Herr Wolf (Inhaber der Firma) den Arbeitern nicht alles zu bieten wagt, zeigt eine Schilberung seitens der dort beschäftigten gewesenen Kollegen. Danach werden Löhne von 20—25 Pf. für die Stunde bezahlt, bei zehnstündiger Arbeitszeit. Wie die Kollegen in einer Stadt wie Dresden, wo doch alles theuer ist, mit einem solchen Hungerlohn leben können, ist und bleibt ein Räthsel.

Welch' ein bodenloser Indifferentismus aber noch unter den dort stehenden sechs Kollegen herrscht, zeigt folgender drastischer Fall. Ein aussehender Kollege, welcher einen der dort stehendenbleibenden aufzuklären suchte über seine Jammerlage, bekam von diesem zur Antwort, daß es ihm hier sehr gut ginge, Butter und Fett bekomme er von seinen Verwandten geschickt und so könne er (nebenbei bemerkt, hat derselbe einen Stundenlohn von sage und schreibe 20 deutschen Reichspfennigen) noch jede Woche 4 Mk. sparen. Kommentar überflüssig.

Wir werden diese Werkstube nicht eher wieder aus dem Auge lassen, als bis die bescheidenen Forderungen der Arbeiter erfüllt sind.

Der Wunsch einiger Kollegen, die Sperre über diese Firma wieder aufzuheben, wurde einstimmig von der Versammlung beschlossen, um diesem Herrn nochmals diesen Spaß im Herbst zu bereiten. — Möge Herr Wolf noch so sehr auf seinen Geldbeutel klopfen, wir werden ihm auch fernerhin zu beweisen suchen, daß er mit einer selbstbewußten, organisierten Arbeiterschaft nicht so umspringen kann, wie er will, vielleicht kommt er später auch noch einmal zu der Erkenntnis, ob es nicht besser gewesen wäre, mit seinen Arbeitern in Frieden zu leben, und lieber einige kleine Zugeständnisse zu machen, als sie zu einem solch unerbitterlichen Kampfe zu reizen. Aber auch jeder Kollege möge sich daraus wieder ein Beispiel nehmen, besonders diejenigen, welche noch an eine Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer glauben, daß nur durch ein festes Zusammenschließen aller dem Unternehmer wirksam entgegengetreten werden kann, und derselbe endlich gezwungen werden muß, kraft einer starken Organisation, die bescheidenen Existenzansprüche der Arbeiter zu respektieren.

Auch bei der Aktiengesellschaft Kummer & Comp., Niederseßlich haben fünf Kollegen die Arbeit niedergelegt. Grund dazu war eine Maßnahme, wonach dieselben jetzt dem Buchdruckerfaktor, welcher von der Buchbinderei absolut nichts versteht, unterstehen sollen, und der Meister, welcher stets zu ihnen gehalten hat, nur noch als Vorarbeiter rangieren soll. Derselbe will nun auch daraufhin seine Kündigung einreichen.

Kollege Rainwald wünscht, daß der Bevollmächtigte sich einmal mit den organisierten Buchdruckern bei Barth in Verbindung setzt, damit diese sich auch einmal ins Mittel legen, wie dieses ja auch von unserer Seite öfters den Buchdruckern gegenüber gesehen ist. — Kollege Bernhardt wird neu in den Arbeitsnachweis gewählt. — Kollege Calow wünscht auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung einmal zu setzen: Wie haben wir unseren Verband an Mitgliedern und wie sind dieselben bauern daran zu fesseln? Zum Schluß forbert Kollege Stufenbrock die Kollegen auf, die Korrespondenz aus Hamburg im Organ zu beachten, damit wir in der nächsten Versammlung ersprießlich darüber diskutieren können.

Nachdem noch auf eine große am 11. September stattfindende Versammlung im Trianon aufmerksam gemacht wird, daß die Kollegen jetzt schon dafür agitieren möchten, damit dieselbe zahlreich besucht wird, erfolgte Schluß.

D.

Gera. Am Sonntag den 21. August unternahmen die Mitglieder der Verwaltungsstelle der Buchbinderkrankenkasse und der Zahlstelle des Verbandes einen Ausflug nach Ziegenrück und das hochromantische Saalethal. In Burgl war ein Zusammentreffen mit den Schleizer Kollegen geplant. Vor die Eisenbahnfahrt bis Ziegenrück schon manche Sehenswürdigkeit und Natur-

schönheit, überraschender war aber die Fuchstour von Ziegenrück bis Burgl, theils in dem vielgewundenen Saalethal entlang, theils über die Höhen und Berge mit wundervollen Ausblicken. Die Genüsse lassen sich nicht beschreiben, man ist überwältigt von den gewaltigen Naturschönheiten und muß man die Tour selbst gemacht haben, um darüber urtheilen zu können. Halb 2 Uhr trafen wir in Burglhammer ein, wo uns die Schleizer Kollegen bereits erwarteten. Nachdem der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Gera der Krankenkasse die Kollegen begrüßt und den Wunsch ausgesprochen hatte, daß das Freundschaftsband der Schleizer und Geraer Kollegen noch enger geknüpft werden möge, benutzte der Bevollmächtigte der Zahlstelle Gera des Verbandes die Gelegenheit, die Kollegen auf die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hinzuweisen. So wie sich die Kollegen durch die Krankenkasse eine Unterstützung sichern in Krankheits- und Todesfällen, ebenso notwendig sei es, sich eine solche bei Arbeitslosigkeit zu verschaffen und dies geschehe durch den Verband. Jedes Krankentassenmitglied, dem das Wohl seiner Kasse am Herzen liege, müsse sich auch seiner gewerkschaftlichen Organisation anschließen, welche für Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes einträte. Die lange Arbeitszeit und der ungenügende Lohn sind die Ursache der vielen Lungentrankeiten in unserem Beruf. Es fehlt den Kollegen an Zeit, nachdem sie 11 bis 12 Stunden und noch länger in dämpfer verdorbener Luft gearbeitet haben, sich in frischer, reiner Luft erholen zu können; es fehlt aber auch denselben an dem nötigen Verdienst, um so leben zu können, wie es nötig ist, die verbrauchte Arbeitskraft wieder ersetzen zu können. Die dicke, ungesunde Luft, die angestrengteste Arbeitsweise und die ungenügende Ernährung muß zu Krankheiten und zu frühzeitigem Ende führen. Die Krankenkasse kann wohl zur Linderung der Uebel beitragen, aber eine Beseitigung derselben ist nur durch den Verband möglich, welcher für Verbesserung unserer Lage Sorge trägt. Die Erfolge der letzten Zeit haben bewiesen, daß nur etwas durch unsere Organisation zu erreichen ist, daß aber auch jeder Kollege verpflichtet ist, sich seiner Organisation anzuschließen. Wir glauben wohl anzunehmen, daß die Schleizer Kollegen ebenfalls davon überzeugt sind und wir sie bald in unseren Reihen als Mitglieder begrüßen können, denn auch sie haben das größte Interesse, für Erringung besserer Lebensbedingungen mitzuwirken und zu kämpfen.

Nur zu schnell waren die wenigen Stunden des gemüthlichen Beisammenseins verstrichen. Wir hatten Gelegenheit, die Holzstofffabrikation in Augenschein zu nehmen, welche uns in zuvorkommenster Weise seitens des Besitzers erklärt wurde und nachdem mehrere photographische Aufnahmen seitens eines Schleizer Kollegen gemacht, ein Luftballon seine lustige Reise angetreten, schlug auch für uns die Trennungsstunde. Die Schleizer Kollegen traten ihren Heimmarß zu Fuß an, und die Geraer marschirten nach Kemptonhof, um mittelst des eisernen Rosses in ihr alltägliches Leben zurückzukehren. — Die Partie war eine Erholung und ein Genuß für die Theilnehmenden, aber auch ein Ansporn, mit noch größerer Energie für die Verwirklichung unserer Ziele zu kämpfen, um in die Lage zu kommen, nicht nur einmal im Jahre einen Tag sich zu einer derartigen Erholung, sondern eine längere Zeit, wie es einem abgearbeiteten Körper zukommt, leisten zu können.

Es wächst hienieden Brot genug  
Für alle Menschenkinder,  
Auch Rosen und Myrthen, Schönheit und Lust,  
Und Zuderverben nicht minder.

Leipzig. In der am 28. August abgehaltenen Mitgliederversammlung des Fachvereins hielt Genosse Lange einen Vortrag über: „Von Rauhof nach der Starwiese.“

Medner führte aus: Schon die ersten Anstedenlungen von Menschen waren da zu finden, wo Wasser vorhanden war. Auch Leipzig hatte seine ersten Niederlassungen da, wo Elster, Parthe und Nieschke zusammenfließen. Letztere ist so stark gewesen, daß zahlreiche Fischerhäuser angebaut wurden, deren Bewohner sich ausschließlich vom Fischfang nährten. Doch hat auch hier die Anstedenlung von Menschen eine Umwälzung hervorgerufen. Die Versorgung mit gutem Wasser ist schon früher ein Bedürfnis gewesen und man hat dies aus den vorhandenen Quellen damals befriedigen können. Im Jahre 1581 wurde der erste „Goldene Brunnen“ erbaut; neben diesem wurden noch weitere erbaut, so daß Leipzig schließlich 219 solcher Brunnen zu verzeichnen hatte. Erwähnt sei noch der „Große Brunnen“, der aber 1816 zugeschüttet werden mußte, weil er bau-

fällig wurde. Welche Bedeutung das Wasser weiter hat, zeigt, daß wo sich Menschen ansammeln, der Boden verfeuchtet; so hat München z. B. mehrere Meter tiefer gelegt werden müssen, weil, wie Pettenkofer feststellte, der Grund und Boden verfeuchtet war und im Jahre 1870 bis 1871 der Typhusherd gewesen ist. Dies hat ungeheure Geldsummen erfordert. Auch Leipzig hat an verschiedenen Stellen tiefer gelegt werden müssen; deshalb rechtfertigen sich auch die von der Stadtverwaltung verausgabten 50 000 Mk. Mit der ersten modernen Wasserleitung ist Berlin vorangegangen; hier wird das Wasser vom Tegeler See genommen und gefläkt. Auch in Leipzig hatte man sich mit den Wasserwerken schon früh vorgelesen. Die erste Wasserkunst wurde 1521 an der Pflaue erbaut, aber im Jahre 1547 von Kurfürst Johann Friedrich niedergebrannt, dann in den Jahren 1563 bis 1568 auf Kosten der Stadt neu erbaut, ist sie später im Jahre 1631 wieder zerstört worden. 1651 wurde die rothe Wasserkunst errichtet, diese brannte 1831 ab; der Schaden belief sich auf 18 bis 20 000 Mk. 1865 wurde die hölzerne Nöhrenleitung durch eiserne ersetzt. Im Jahre 1894 belief sich der Verbrauch des Wassers auf 1 523 000 Kubikmeter. Das erste Werk in Rauhof, wo sich die Pumpstation befindet, war nicht im Stande, Leipzig allein mit Wasser zu versorgen. Von hier aus gehen in dreiviertel Stunden Länge Saugröhren, die luftdicht abgeschlossen sind und durch immerwährende Umdrehung des Wasser aufsaugen und es durch Druck an die Kontrollstelle in Fuchsheim befördern. Hier selbst ist ein Regulator aufgestellt und wird die Messung des Wassers vorgenommen. Von hier aus läuft das Wasser in Röhren nach den Wasserwerken in Probstheide, wo sich die Enteisungsanlagen, die das Wasser klären, befinden. Dies geschieht dadurch, daß das Wasser seinen Lauf durch mehrere aufeinandergelegte Schichten von Steinen nimmt, wodurch die Schlammmasse und das Eisenoxyd abgeseigt wird. Somit erhalten wir ein gutes und reines Trinkwasser. Dasselbe läuft nun durch Röhren in 43 Meilen Länge in die verschiedenen Theile der Stadt. Ein Uebelstand in Leipzig ist, daß das Wasser schlecht abzuleiten ist, indem man mit den Rieselsteinen schlecht fahren würde, da der Boden nicht dazu geeignet und die Flächen auch nicht hinreichen. 1894 hat man die ersten Verschärfungsanlagen an der Starwiese errichtet, die eine Summe von 145 000 Mk. erforderten. Hier wird das Schleusenwasser in Becken geleitet, wo sich der Schlamm abgelagert und das reine Wasser oben abfließt, genannt Langbeckensystem. Die Verschärfungsfrage wird eine Hauptaufgabe der Stadtverwaltung sein und noch manche Arbeit und Nachdenken erfordern, bis diese endgiltig geregelt ist.

Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten. Nach Erlebung einiger Anfragen an den Referenten und Beantwortung derselben erfolgte Schluß der Versammlung. C. L.

Darmstadt. Am 28. August fand hier eine öffentliche Buchbinderversammlung statt, zu welcher Kollege Würzberger = Frankfurt a. M. ein Referat über „Unternehmerkartelle und Gewerkschaftsorganisationen“ in dankenswerther Weise übernommen hatte. Außerdem erfreuten uns noch vier Frankfurter Kollegen, unter ihnen der Gaubevollmächtigte Kollege Schaumberg, mit ihrem Besuch.

Die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung wurde um 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Vormittags in Cramers Bierhalle durch Kollegen Dolle eröffnet und nach Begrüßung der Anwesenden durch ihn dem Referenten das Wort erteilt.

Kollege Würzberger verstand es, in klaren Zügen den Anwesenden die Schäden, welche durch die sich immer mehr bildenden Unternehmerkartelle für uns entstehen, auseinanderzulegen; diese Schäden können nur dadurch geheilt werden, daß sich jeder Arbeiter, speziell Buchbinder, der Organisation sobald wie möglich anschließt, damit wir einem Unternehmerkartell jederzeit entgegengetreten können. Nachdem der Referent seinen einständigen Vortrag beendet hatte und ihm großer Beifall gezollt war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Cramers Bierhalle tagende öffentliche Buchbinderversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und die Anwesenden verpflichten sich, soweit es noch nicht der Fall ist, der hier bestehenden Zahlstelle beizutreten und nach Kräften für den weiteren Ausbau der Organisation beizutragen.“

In der auf den Vortrag folgenden Diskussion sprachen sich noch verschiedene Kollegen dahin aus, daß doch die indifferenten Kollegen von Darmstadt dem

Verbanne beitreten sollten. Der jetzige Vorsitzende, Kollege Breuer, dankt dem uns nun verlassenden Kollegen Dölle für seine Mühe, die er sich gemacht habe, worauf Kollege Dölle erwidert, daß das, was er that, nur seine Pflicht gewesen sei. Die Versammlung wurde um 12 1/2 Uhr geschlossen.

Das Resultat der Versammlung war, daß sich zwei Kollegen aufnehmen ließen, so daß wir jetzt einen Bestand von zwanzig Mitgliedern haben. An die Darmstädter Kollegen richte ich nun die eine Bitte, das, was sie mit der Resolution gesagt, auch stets hochzuhalten, und stets bemüht zu sein, die indifferenten Kollegen im Guten aufzuklären, soweit das noch nicht geschehen ist, dann werden auch in Darmstadt endlich einmal andere Verhältnisse Platz greifen und der alte Harmoniebusel annehmbaren Arbeitsverhältnissen Platz machen. Darum Kollegen, die Ihr uns noch fernsteht, helft mit uns an dem großen Bau der Organisation, tretet bei, damit auch wir einmal in Darmstadt eine Besserstellung unserer Lage herbeiführen — denn ohne Kampf kein Sieg. W. Sonnenkalb, Schriftführer.

Eingefandt.

Die in voriger Nummer dieses Blattes enthaltene Erklärung habe unterschrieben zu dem Zweck, daß sie der nächsten Innungsversammlung vorgelegt werden soll, zur Veröffentlichung in der Zeitung war sie nicht bestimmt. Nachdem nun ohne mein Wissen und Willen seitens der Innung die Einsetzung an die Zeitung erfolgte, habe auf freundliche Anfrage des Redakteurs meine Zustimmung gegeben, daß die Veröffentlichung vorgenommen werden kann; ich wollte den Herren die kleine Genugthuung lassen.

Braunschweig. M. Hornmann.

Rundschau.

Bei der Buchbindereifirma Barthel in Leipzig hat am 5. September früh das gesammte Personal die Arbeit niedergelegt. Nachdem Nachmittags die bestandenen Differenzen beseitigt waren, erfolgte Wiederaufnahme der Arbeit.

In Leipzig hat der Vorsitzende einer kürzlich abgehaltenen Holzarbeiterversammlung ein Strafmandat, das erste auf Grund des neuen sächsischen Vereinsgesetzes, vom Polizeiamt zugestellt bekommen. Die betreffende Versammlung soll nach Ansicht des Polizeiamts politischen Zwecken gebient haben und weil der Vorsitzende es unterließ, ohne eine Aufforderung des überwachenden Beamten abzuwarten, die Mitglieder zum Verlassen der Versammlung aufzufordern, sollen als Sühne 20 Mk. gezahlt werden.

Wiblung einer Zwangseinnahme für das Buchbinderhandwerk und verwandte Handwerke (Portefeuilles, Kartonnagen, Stuarbeiter, Hand- und Pressergolber und Goldschnittmacher). Wie das „Hamburger Echo“ berichtet, ist seitens der Innung der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Hamburg bei der Aufsichtsbeförderung für die Innungen der Antrag gestellt worden, eine Zwangseinnahme im Hamburgischen Staate, mit Ausnahme des Amtes Nitzbüttel, für das Buchbinderhandwerk und die in diesem verwandten Handwerke der Portefeuilles, Kartonnagen, Stuarbeiter, Hand- und Pressergolber und Goldschnittmacher zu bilden. Mit der nach § 82 Abs. 1 des Reichsgesetzes, betreffend die Wänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897, erforderlichen Genehmigung des Senats wird auf Grund des § 100a des erwähnten Reichsgesetzes nun zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Meßungen für oder gegen die Errichtung einer Zwangseinnahme für das Buchbinderhandwerk und die diesem verwandten Handwerke der Portefeuilles, Kartonnagen, Stuarbeiter, Hand- und Pressergolber und Goldschnittmacher im Gebiet der Stadt Hamburg, der Landherrenschaften der Oesflände, der Marschflände und für Bergedorf schriftlich bis zum 19. September oder mündlich in der Zeit vom 5. bis 19. September bei der Aufsichtsbeförderung für die Innungen abzugeben sind. Für diejenigen, welche das Buchbinders-, Portefeuilles-, Kartonnagen-, Stuarbeiter-, Hand- und Pressergolber- und Goldschnittmacherhandwerk selbständig betreiben und bereits entweder in der Innungsversammlung vom 12. Juli 1898 oder später durch Unterschrift sich für die Errichtung einer Zwangseinnahme für das Buchbinderhandwerk und verwandte Handwerke erklärt haben, bedarf es einer nochmaligen Meßung für die Bildung einer Zwangseinnahme nicht.

An die Gewerbegerichtsbeisitzer richtet der Sekretär des Berliner Gewerkschaftsbureaus, Rudolf

Willarg, gemeinsam mit Karl Koblenzer einen Aufruf, worin angetragen wird, von einer Beiseitigung der Arbeitnehmerbeisitzer an einer Konferenz der Vorsitzenden der Gewerbegerichte Abstand zu nehmen. Dafür soll aber für die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz im Jahre 1899 Sorge getragen werden. Etwaige Anfragen in Gewerbegerichtsangelegenheiten nur an Rudolf Willarg, Berlin, Annenstr. 16, 1.

Von den Ergebnissen der Reichstagswahlen ist eine vorläufige Zusammenstellung im Bureau des Reichstags auf Veranlassung und unter Leitung des stellvertretenden Direktors beim Reichstag Rechnungsrath Jungheim ausgearbeitet worden. Danach waren wahlberechtigt 11 440 353 (im Jahre 1893 10 628 292) Personen. Abgegeben wurden 7 787 090 Stimmen (im Jahre 1893 7 722 265) Stimmen. Gültig waren 7 752 353 Stimmen (gegen 7 673 973 im Jahre 1893); ungültig dagegen waren 34 737 (gegen 28 292 im Jahre 1893). Von den gültigen Stimmen fielen auf: Deutschkonservative Fraktion 872 973 (gegen 1893 1 038 353), Deutsche Reichspartei 331 538 (gegen 1893 438 435), Deutschsoziale Reformpartei 222 447 (gegen 1893 263 861), Antisemiten, die nicht der Reformpartei angehören, 19 599, Zentrum 1 454 278 (gegen 1893 1 468 501), Polen 243 846 (gegen 1893 229 531), Nationalliberale Fraktion 975 534 (gegen 1893 996 980), Freisinnige Vereinigung 194 945 (gegen 1893 258 481), Deutschfreisinnige Volkspartei 553 740 (gegen 1893 666 439), auf unbestimmte liberale Richtung 65 822, Deutsche Volkspartei 108 493 (gegen 1893 166 757), Sozialdemokraten 2 105 305 (gegen 1893 1 786 738), Bund der Landwirthe 121 374, Bayerischer Bauernbund 140 304 (gegen 1893 119 559), Elsaß-Lothringer 107 415 (gegen 1893 114 702), Welsen 105 161 (gegen 1893 101 810), Dänen 15 439 (gegen 1893 14 363), Christlichsoziale 48 734, Nationalsoziale 23 185, unbestimmt und zersplittert 42 221 (gegen 1893 unbestimmt 110 993, zersplittert 13 972, zusammen 123 970).

Table with 2 columns: Party Name and Votes. Includes Sozialdemokraten (318 567), Bayerischer Bauernbund (20 745), Polen (13 685), Welsen (4 351), Dänen (1 076), etc.

Einer Zunahme der Wahlberechtigten von 812 061 steht nur eine Zunahme der Zahl derer, welche das Wahlrecht ausüben, von 64 825 gegenüber. Der Prozentsatz der allgemeinen Wahlbetheiligung ist also gegen 1893 erheblich geringer. Trotzdem hat die Sozialdemokratie 318 567 Stimmen mehr erhalten, fast fünfmal so viel, als überhaupt Wähler gegen 1893 meist gewählt haben. Der Prozentsatz des Antheils der sozialdemokratischen Wählerzahl an der Gesamtstimmenzahl ist damit von 23,54 Prozent auf 27,15 Prozent gestiegen.

Die Zahl der nichtsozialistischen Stimmen ist von 5 887 235 im Jahre 1893 auf 5 647 048, also um 4,08 Prozent, gesunken, während die sozialistischen Stimmen um 12,23 Prozent gestiegen sind. Das ist der Erfolg der Posadowsky'schen Sammlung.

Der Verein der Buchbinder zc. in Wien feiert am 25. September, von Abends 6 Uhr ab, sein zehntes Gründungsfezt in Dreßers Saallokalkitäten, 3. Bezirk, Hauptstraße 97. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Vereins wird eine Denkschrift, welche vom Obmann Kollege Grünwald verfaßt ist, zur Ausgabe gelangen.

Der große Ausstand der englischen Kohlenarbeiter, welcher fünf Monate dauerte, ist beendet, nachdem die Werksbesitzer Zugeständnisse gemacht haben. — Die Aussperrung der Bauarbeiter in Magdeburg dauert fort. — In Solingen befinden sich seit 8. August 100 Messerschleifer im Ausstand bei der Firma „Gottlieb Hammesfahr“. Anfänglich handelte es sich um bessere Arbeitsbedingungen, jetzt spielt sich der Streik zu einem Kampf um die Organisation zu.

Literarisches.

Wählen oder nicht wählen? Ein Wort zur Frage der Beiseitigung der Sozialdemokratie an den preussischen

Landtagswahlen. Unter diesem Titel erscheint im Verlage von Joh. Sassenbach, Berlin, eine Arbeit des Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Wolfgang Heine über die Beiseitigung der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen. Heine faßt alle Gründe kasir nochmals zusammen und kritisiert eingehend die dagegen erhobenen Einwände.

„In Freien Stunden“, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin), bringen in Heft 35 und 36 neben der Fortsetzung des spanischen Romans von Victor Hugo: Die Armen und Glenden, im kleinen Feuilleton Schwarz-Weiß. (Eine Humoreske von Privatier Eugenhuber), und Türkische Justiz. (Eine Parabel.) Daneben unter Dies und Jenes kleine kulturhistorische Notizen und Witz und Scherz. Jedes Heft, 26 Seiten stark, kostet 10 Pf. und kann durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur bezogen werden. Auch kann zu jeder Stunde das Abonnement von Heft 27 an, in welchem der neue Roman Die Armen und Glenden beginnt, nachbezogen werden.

Fragelasten.

Welcher Kollege kann mir angeben, wie eine tief-schwarz ziehende Linie, zur Rollen-Druckmaschine von Förste & Tromm-Lepzig, hergestellt wird, oder wo kann man eine solche beziehen? S.

Briefkasten.

B. J. in Berlin. Inserat kam für vorige Nummer zu spät.

Nach Frankfurt a. M. Karte erhalten. B. Weiße hoffentlich gut bekommen. Gruß.

M. S. in Ludenwalde. Versammlungsbericht ging auch vom Schriftführer ein.

Zurückgestellt für nächste Nummer: Korrespondenz Bern. In nächster Nummer wird das Adressenverzeichnis veröffentlicht.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Dortmund: Gust. Kleyh, Zimmerstr. 22 II. (Adressen der Vertrauensmänner: für Dülmen i. W.: Hubert Mühlhoff, Neustraße 33; für Gelsenkirchen: Otto Gakmann, Ringstraße 81 II.) Heilbronn: Gustav Hammler, Bismarckstraße 101. Offenbach a. M.: Karl Brandstädt, Köberstr. 35.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Ausgähler.

Mainz. Z. R. Kämmich, Wallaustr. 49; von 12 1/4 bis 1 1/4 und 6 1/2—7 1/2 Uhr. Stettin. Z. A. S. Kühn, Petrihofstr. 48, S. I links; von 1—2 1/2 und 7—8 1/2 Uhr.

An die Zahlstellen des IX. Gaues!

(Umfassend Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen und die Pfalz.)

Auf Antrag der Zahlstelle Karlsruhe und unter Zustimmung von Konstanz, Freiburg, Straßburg, Mannheim, steht sich der Gauvorstand veranlaßt, auf

Sonntag den 9. Oktober

nach Karlsruhe einen Gautag einzuberufen. Die Tagesordnung soll lauten: 1. Tätigkeitsbericht des Gauvorstandes. 2. Agitation und Organisation im Gau. 3. Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Einzelmitglieder im Gau. 4. Das Unterstützungswesen und der Vorschlag Hamburg. 5. Verschiebenes.

Stimmliche Zahlstellen werden ersucht, ihre Delegierten rechtzeitig zu wählen und ist der § 19 des Statuts für die Delegation in Betracht zu ziehen. Die Einzelmitglieder werden gleichfalls ersucht, zahlreich vertreten zu sein.

Etwaige Wünsche, den Gautag betreffend, sind an Unterzeichneten zu richten. Nähere Bekanntmachung erfolgt in nächster Nummer dieser Zeitung.

Im Auftrag des Gauvorstandes:

Karl Frey, Stuttgart, Böheimstr. 53 II.

Schweizerischer Buchbinder-Verband.

Bekanntmachung.

Da unsere Verbandskasse in der letzten Zeit, insbesondere seitens deutscher Verbandskollegen, stark in Anspruch genommen wurde, fühlen wir uns veranlaßt, folgende Aenderungen in unserem Unterstützungsreglement eintreten zu lassen:

1. Mitglieder des deutschen Verbandes können nur dann Unterstützung erhalten, wenn sie nachweislich mindestens 26 Wochenbeiträge geleistet haben.

2. Bei Verührung der ersten Zahlstelle haben sich dieselben eine schweizerische Legitimationkarte ausstellen zu lassen; dieselbe ist bei Arbeitsantritt einzuziehen und nach Ablauf des Quartals an die Verbandskasse einzusenden.

3. Bei Arbeitsantritt hört jede Unterstützungsberechtigung auf und zählt bei eventueller Weiterreise nur die Dauer der Mitgliedschaft des schweizerischen Verbandes.

4. Die Aussteller der Reiselegitimationkarten sind angewiesen, nur die Dauer der Mitgliedschaft im schweizerischen Verbands zu vermerken.

Der Zentralvorstand.

Quittung.

Für die Ausgesparten in Christania sind zur Weiterbeförderung bei der Verbandskasse eingegangen: Von Braunschweig 10 Mt., Bielefeld 10 Mt., durch Siegerstr.-Berlin 7 Mt., Dresden 50 Mt., Straßburg 33 Mt., Briesg 11,55 Mt., Genf 8 Mt., Elberfeld 10 Mt., Leipzig 150 Mt., Hannover 30 Mt.

Gesamtsumme 512,05 Mt.

E. Sauerisen.

Anzeigen.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend den 24. September Grosse Humoristische Soirée der Huppels Stettiner Sänger im Saale des Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 11-13.

Anfang präzis 8 1/2 Uhr.

Billets à 30 Pf. sind in allen Zahlstellen, sowie im Bureau zu haben.

Grosser Ball.

Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Um zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.

Billets zur Sternwarte Treptow à 80 Pf., sonst 1,50 Mt., Billets zum Berliner Aquarium à 40 Pf., sonst 50 Pf., alle Tage gültig, sind im Bureau zu haben.

Ortskrankenkasse der Buchbinder etc. in Berlin.

Außerordentl. Generalversammlung am Dienstag den 13. September, Abends 8 1/2 Uhr, in Feuersteins Salon, Alte Jakobstraße 75.

Tagesordnung: [4.00]

- 1. Verlesung der Protokolle.
2. Berathung über das Verhalten des Rendanten Herrn Lindstädt und des Kassiers Herrn Fahlbuch betr. Auslieferung von Material an den Obermeister Herrn Labv.
3. Verschiedenes.

Der Schriftführer: Carl Duff. Der Vorsitzende: Bernh. Joff.

Arbeiter auf Bestecke und Kartonnagearbeiter finden bei gutem Verdienst Stelle bei Hugo Breidenstein, Schwab. Müind.

Zur guten Quelle Restaurant Ludwig Mühlhan Verkehrslokal des Buchbinder-Männerchors. Guten, frästigen Mittagstisch 40 Pf. Ebenso empfehle gut gepflegte Biere, sowie warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit.

Zahlstelle Hannover.

Bei genügender Bethelligung beabsichtigen wir, am 1. Oktober unseren seit mehreren Jahren mit gutem Erfolg bestehenden

Vergolde-Kursus

neu zu beginnen. Wir glauben hiermit allen Kollegen Gelegenheit zu bieten, sich ohne große Kosten den so wichtigen Zweig der Handvergoldung zu eigen zu machen, und erlauben alle Kollegen, die sich hierfür interessieren, am Sonnabend den 17. d. M. im Versammlungslokal, Neustraße 27, zu erscheinen, resp. sich beim Vorstand oder der unterzeichneten Kommission zu melden.

Die Vergoldekommission.

J. A.: M. Dierßen.

Buchbinderei zu verkaufen.

In einer Stadt der französischen Schweiz ist die einzige Buchbinderei daselbst verhältnißmäÙig zu verkaufen. Günstige Konditionen. Für einen tüchtigen und soliden Fachmann reichlicher Verdienst. Gefl. Offerten unter L 4143 Q an Haasenstein & Vogler, Basel, zu richten. 401a [2.40]

Unserem langjährigen treuen Sangesbruder Konrad Perau zu seiner Abreise nach Sternberg ein „Herzliches Lebewohl!“

Buchbinder-Männerchor Berlin.

Für Buchbinder.

Laden mit Zimmer, in welchem seit 4 Jahren Buchbinderei betrieben wurde (durch Todesfall Geschäft eingegangen), zu vermieten. Nur ein Geschäft am Plage. 404a [1.40]

Bad Reichenhall 30.

Scherms Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter (und Radfahrer!). Zweite Auflage. Heber 2000 Reisetouren. Mit einer Eisenbahn-Karte und zwei Orientirungs-(Straßen)-Karten. Gebunden M. 1,50. — Zu beziehen durch J. Scherm, Nürnberg, und alle Buchhandlungen und Kolporteurs. 405 [0.70]

Geübte Drahthefterin sucht die Buchbinderei der Deutschen Verlagsanstalt (vorm. Ed. Hallberger) in Stuttgart. 403a [1.80]

Verbands-Versammlungs-Kalender.

Table with 4 columns: Ort, Lokal, Versammlungstag, Beginn. Lists various locations and dates for association meetings.